Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

14.02.1931 (Nr. 9)

Visual Library

7 Staatsbibliothek Breitenweg 44/45

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Einzelpreis 20 Pfg.

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Geschäftsstelle und Redaktion: Bremen, Bahnhofstr. 26. Fernsprecher Domsh. 25878. Erscheint wöchentlich 2 mal. Bezugspreis monatlich 0.92 *RM* einschl. Bestellgeld. Verlagsort Oldenburg (Oldbg.)

Anzeigen: Die 10-gesp. Nonp.-Zeile 0.25 *RM*. Stellengef. und Fam.-Anz. 0.10 *RM*. Kleine Anzeigen 0.15 *RM*. Ersatzansprüche können nicht gestellt werden, wenn das Erscheinen irgendwie verhindert ist.

Nr. 9 | 14. Februar 1931 | 1. Jahrg.

Der Entscheidung entgegen.

Die nat.-soz. Abg. verzichten auf ihre Diäten zu Gunsten der Arbeitslosen. Pg. Schemm in Bremen — Dr. Goebbels rechnet ab.

Eine historische Fraktionssitzung.

In einer vorhergegangenen Fraktionssitzung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, die am Dienstag um zwei Uhr stattfand, hatte der Führer unserer Reichstagsfraktion, Pg. Dr. Frick, das Wort ergriffen und erklärt:

„Die nächste Stunde wird in der deutschen Geschichte zu einer historischen werden. Wir sind an einem entscheidenden Punkt im Kampfe für Freiheit und Brot des Volkes angelangt. In diesem sog. Hohen Haus versucht man durch Geschäftsordnungsdiktatur und sonstigen Paragraphenterror eine Abstimmungsmaschinerie zu schaffen, um die nationalsozialistische Opposition auch hier vollends mundtot zu machen. Man will uns zum Stimmvieh degradieren, man will uns auch hier in ungeheuerlicher Form terrorisieren. **Der Vorstand der Fraktion ist sich deshalb einstimmig darüber klar geworden, heute eine Erklärung abzugeben, die von historischer Bedeutung für den gesamten Kampf der nationalsozialistischen Bewegung sein wird.** Wir werden heute dieses „Hohe Haus" verlassen, um nur, wie Sie aus unserer Erklärung ersehen, von Fall zu Fall, und dann nur, **wenn man hier einen Verfassungsbruch plant,** in dieses Haus zurückzukehren. Wir werden diesen Youngreichstag verlassen und gehen in das Volk, um unserem Volk die Wahrheit über dieses sagen. „Hohe Haus" und über die hier sich zusammengefundene schwarz-rote Youngkoalition zu sagen. Die Folgen aus unserem Schritt tragen alle schwarzen und roten Händler und Schacherer mit den Werten der deutschen Nation und des deutschen Volkstums.

Von nun an erachten wir Nationalsozialisten alle Beschlüsse dieses Hauses als verfassungswidrig! Wir werden deshalb heute zu Beginn der Sitzung die Erklärung abgeben und dann geschlossen den Saal verlassen."

Minutenlanger stürmischer Beifall aller Fraktionsmitglieder und Kämpfer im Reichstag dankte dem Führer der Fraktion für diesen Entschluß und mit einem Heil auf die nationalsozialistische Bewegung und den Führer der deutschen Arbeiterschaft Adolf Hitler wurde die Beratung fortgesetzt.

Im Laufe der Aussprache ergriffen unsere Pg. Stöhr, Dr. Göbbels und Oberst Hirl das Wort und alle Sprecher der Fraktion, ob General, ob Arbeiter, ob Bauer oder Beamter, ob Handwerker oder Gewerbetreibender, alle waren sich bewußt, von nun an nur noch eine Parole zu kennen: **Alle Mann vor's Volk!** Mit der S.A. und der S.S. zum Sturm gegen den Verrat des Youngkapitalismus und seiner schwarz-roten Trabanten! Auf legalem Wege und unter Wahrung aller Verfassungsbestimmungen und Gesetze werden wir das heutige System bis zu der Entscheidung zwingen, die das deutsche Volk bereits am 14. September 1930 gefordert hat.

„Die Immunität haben sie uns gestern genommen, unsere Diäten sollen von nun an die Arbeitslosen, die Millionen deutscher Youngsklaven bekommen!"

Die Lunten werden brennen ...

„Da habt Ihr sie! Schlagt sie mit der Schärfe des Schwertes! Haltet an am Gebet und das Pulver trocken!"

Oliver Cromwell.

-rl. Wir sehen ihn vor uns, den großen englischen Revolutionär, wie er vor dem Entscheidungskampf bei Langside seinen Truppen die letzten Befehlsworte gab. Und dann schlug er seine Feinde mit der Schärfe des Schwertes und mit dem Verzweiflungsmut, der denen eigen, die den Aufruhr predigen um der Nation willen. Am 6. August 1647 zog Oliver Cromwell mit seinen kampfgewohnten Kriegern in London ein. „Friedensreifer trugen sie an ihren breiten schwarzen Hüten", so vermelden die Chroniken, „aber die Lunten brannten.

Am 7. Dezember des nächsten Jahres umstellt Cromwell mit seinen Truppen das Unterhaus und verhaftet 81 Mitglieder des Parlaments. Fortan hat sein Wille oberstes Gesetz zu sein in England. Drei Parlamente folgten; das alte England wollte ihn nicht dulden als Führer, da er aus einfachem Bauerngeschlechte war. Er führte keinen adeligen Namen und auch der Gottesgnadenbrief, der in jenem Jahrhundert allein galt, war ihm nicht verliehen. — Aber auch das dritte Parlament war zum Teufel gejagt. Cromwell selbst verließ als letzter Mann das Parlament, verschloß persönlich das Tor und steckte den Schlüssel in die Tasche. Fortan regierte er als Lord-Protektor, gestützt auf den Willen und auf das Vertrauen seiner treuen Truppen.

*

Am 10. Februar 1931 hat die nationalsozialistische Opposition das deutsche Parlament verlassen. Im Tributreichstag, dem Parlament des organisierten Verfassungsbruches ist es mit einem Mal still geworden. Es ist eine unheimliche Stille, die über diesem Hause brütet. Mit ängstlich verlegener Miene sitzen die Schuldigen da; es ist ihnen nicht wohl dabei, daß sie nun unter sich sind. Ihnen allen ist das dreckige Lachen vergangen, das sie im Oktober noch zeigten, als 107 Nationalsozialisten in den Reichstag einrückten. Scheu ducken sie sich und stecken die Köpfe zusammen. Sie sehen die schwarzen Wetterwolken aufsteigen und zittern vor dem Ungewitter der Vergeltung, das in Kürze hereinbrechen muß. Und keiner von ihnen, keiner von Curtius bis Thälmann, der zur Youngversklavung die Hand geboten hat, wird unserer Abrechnung entgehen.

Der Auszug der Nationalsozialisten aus dem Reichstag wird einer der wichtigsten Marksteine auf dem Weg zu Deutschlands Freiheit sein.

Mögen die anderen weiterhin ihre eigene Verfassung brechen und vergewaltigen, wie sie wollen, mögen sie durch Nichtachtung des „Papiers von Weimar" dem wankenden Fundament dieser Republik den letzten Stoß versetzen, mögen sie fortfahren, die Begriffe Parlament und Demokratie zum Kindergespött zu machen — uns ist das alles recht. Sie glauben den Entscheidungskampf um Deutschlands Freiheit noch verhindern zu können und greifen zu den verzweifeltsten Mitteln des behördlichen Terrors. Jedoch bald wird die deutsche Freiheitsbewegung gleich einem Schnellzug durch die deutschen Gaue rasen. Was auf den Gleisen steht, um die Maschine aufzuhalten, wird unter ihren Rädern enden.

Daß die Nationalsozialisten einige Monate im Reichstag waren, ist nützlich und gut. Umsomehr haben sie dieses System und das demokratische Parlamentstheater verachten und hassen gelernt. Und nun setzen wir den Haß und die Verachtung um in Energien zum Kampf gegen das falsche System.

Der Auszug der Nationalsozialisten aus dem Reichstag ist weit mehr als eine wirkungsvolle Demonstration. Dieser Abmarsch aus dem Parlament heißt

„Der Reichstag hat das Recht verwirkt, im Namen des Volkes zu handeln!"

Die deutsche Opposition proklamiert erbitterten Widerstand gegen die Sabotage des Volkswillens durch die Novemberdemokratie.

Die Dienstag-Sitzung des Youngtribut-Reichstages wurde um 3 Uhr nachmittags bei überfüllten Tribünen und vollzähliger Anwesenheit der nationalsozialistischen Opposition vom marxistischen Präsidenten Löbe eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt unser Pg. Stöhr das Wort zu folgender

Erklärung im Namen der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Deutschlands:

„Am 14. September 1930 haben 6.5 Millionen deutscher Wähler der N. S. D. A. P. ihre Stimmen gegeben, in dem Vertrauen, daß unsere 107-Mann-Fraktion im Reichstag einen aktiven Kampf eröffne gegen den Tributwahnsinn und die damit verbundene Verelendung des deutschen Volkes, in seinen breitesten arbeitenden Schichten.

Wider Recht und Gesetz hat die regierende Gewalt des heutigen Systems die N. S. D. A. P. von der Uebernahme der Macht ausgeschlossen. Das Kabinett Brüning hat unter Ausschaltung der verfassungsmäßig berufenen Instanzen des Deutschen Reichstages ohne zwingende Not einschneidende Gesetzentwürfe wirtschaftlicher, sozialer und politischer Art auf Grund des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung verordnet. Dieses Kabinett hat sich schon damit eines

qualifizierten Verfassungsbruches

schuldig gemacht. Und es hat nunmehr seinem gesetzwidrigen Handeln die Krone aufgesetzt dadurch, daß es mit Hilfe der hinter ihm stehenden Tributparteien eine verfassungswidrige Aenderung der Geschäftsordnung unter Vergewaaltigung der Opposition erzwingen ließ, ein Gewaltstreich, der den einst so eifrig beschworenen demokratischen Grundsätzen Hohn spricht und jede positiv kritische Opposition im Dienste der gesamten Nation in diesem Reichstag von vornherein unmöglich macht.

Die nationalsozialistische Fraktion des Reichstages hat gestern durch ihre Nichtbeteiligung an der Abstimmung über diesen neuerlichen Verfassungsbruch zum Ausdruck gebracht, daß sie keinesfalls gewillt ist, auch nur dem Scheine nach zu einer solchen flagranten Verletzung von Recht und Gesetz ihre Hand zu bieten.

Sie erklärt heute feierlich, daß, nachdem die Aenderung der Geschäftsordnung verfassungswidrig zustandegekommen ist, alle von diesem Haus in Zukunft zu fassenden Beschlüsse gegen die Verfassung verstoßen und deshalb der Gesetzeskraft entbehren. Dieses Parlament hat damit das Recht verwirkt, im Namen des Volkes zu reden und zu handeln. Es ist von der Nation und der Weltöffentlichkeit als das erkannt, was es von seinem Anfang an war: Die organisierte Maschinerie des

internationalen Tribut-Kapitalismus,

wie er im Youngvertrag seinen politischen Ausdruck gefunden hat.

So sicher aber das Kabinett Brüning sich in der Mehrheit dieses Hauses fühlt, so unsicher und erschüttert ist die Mehrheit, die es im deutschen Volk besitzt. Dieses ist längst zur

nationalsozialistischen Führung

abgewandert und sieht nun voller Vertrauen auf die

staatsbildenden und freiheitswollenden Kräfte, die in der nationalsozialistischen Volksbewegung zum Durchbruch gekommen sind.

Das Volk will, daß dem Tributwahnsinn ein Ende gemacht wird. Das Volk hat es satt Opfer über Opfer für das Youngphantom zu bringen, ohne ein Ziel darin zu sehen.

Das Volk fordert stürmischer und stürmischer, daß

Abrechnung

gehalten wird mit der 12jährigen Bankrottpolitik, die seit 1918 in Deutschland betrieben wird.

Wir werden uns diesem Willen des Volkes nicht entziehen! Und da der Wille des Volkes in diesem Hause des

organisierten Verfassungsbruches

nicht mehr mit Mitteln des parlamentarischen Kampfes durchgesetzt werden kann, werden wir den Tributreichstag verlassen und im Kampfe um die Seele des Volkes die Sache der Nation zu unserer Sache machen.

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion appelliert in dieser schicksalsschweren Stunde an den Reichspräsidenten als den Hüter der Verfassung von Weimar: Dieser Reichstag ist aufzulösen, da er nicht mehr dem Willen des deutschen Volkes entspricht und nun auch noch durch Verfassungsbruch diesen ausgesprochenen Willen schnöde mißachtet! Sie ruft den breiten arbeitenden Massen des deutschen Volkes zu: Nicht verzweifeln, kampfentschlossen, her zu uns!

Sie warnt die Weltöffentlichkeit, Beschlüsse dieses Hauses als Beschlüsse des deutschen Volkes aufzufassen.

Wir als die deutsche Opposition, die heute schon das Volk verkörpert, fühlen uns, da sie verfassungswidrig sind, in nichts daran gebunden. Eine kommende Regierung der nationalen Arbeit wird darüber zur Tagesordnung übergehen.

Wir verlassen also das Youngparlament und werden dieses Haus erst wieder betreten, wenn sich etwa die Möglichkeit bieten sollte, eine besonders schwerwiegende Aktion der volksfeindlichen Mehrheit des Reichstages zu vereiteln".

*

Die Erklärung, die Pg. Stöhr unter der gespanntesten Aufmerksamkeit und sicherlich nicht zum Wohlbehagen aller Youngparteiler verlas, wurde von der geschlossen anwesenden nationalsozialist. Reichstagsfraktion stehend angehört.

Nach Verlesung der Erklärung brachte unser Pg. Dr. Goebbels auf die nationalsozialistische Freiheitsbewegung und den Führer in die deutsche Zukunft Adolf Hitler ein **dreifaches Heil** aus, in das die gesamte Fraktion begeistert miteinstimmte. Sodann verließ die Fraktion geschlossen unter Vorantritt der Pgg. Dr. Frick und Stöhr den Sitzungssaal.

Zahlreiche Tribünenbesucher, die in das Heil der Nationalsozialisten miteingestimmt hatten, wurden von den Saaldienern zur Ruhe gewiesen, nachdem das mehr als schwache Hohngelächter der roten und schwarzen Koalitionsbrüder verklungen war, ein Hohngelächter, das auffallend rasch verstummt war.

Anschließend nahm für die deutschnationale Reichstagsfraktion ein Abgeordneter das Wort zu einer ähnlichen Erklärung, und auch diese Fraktion verließ unter Führung Hugenbergs den Saal, Zur Genugtuung der deutschen Opposition folgte auch die Fraktion des Deutschen Landvolks unter Führung ihres Abgeordneten von Wendthausen dem nationalsozialistischen Beispiel.

Anmarsch auf die letzten Festungen des Systems, heißt Frontalangriff auf Brünings schwarz-rote Hunger-Diktatur. Die Schuldigen an unserer Not sitzen im — wohl unwiderruflich — letzten Reichstag beisammen, als ob sie bereits freiwillig den Wallotbau als das Gefängnis der Schuldigen an der Nation anerkennten. Am besten wäre es wohl, das Tor zu schließen; wir treffen sie kaum leicht wieder so vollzählig an. Heran, verratene Brüder! Der Generalangriff beginnt. Die Saboteure des deutschen Freiheitsringens sollen sich in uns verrechnet haben. „Schlagt sie mit der Schärfe des Schwertes"! Euer Schwert ist der nationale Sozialismus. „Haltet an am Gebet", d. h. haltet fest an unserer heiligen Idee, bleibt stark im Glauben an den Sieg der gerechten Sache und kündet denen die neue Lehre, die heute noch feinlich auf unsere Fahnen sehen. „Haltet das Pulver trocken", das heißt, haltet die Reihen sauber. Hinweg mit den Opportunisten und Konjunkturrittern! Die Fahne muß in den alten Händen bleiben, die sie tausendmal durch Nacht und Not getragen haben. Wir wollen die ganze Freiheit und dieses Ziel erfordert ganze Kerle. Die revolutionären Kräfte unserer Sturmabteilungen werden das sichere Fundament des neuen Staates sein. Sie werden das Werk bauen und sie werden es auch gegen die Feinde der Nation zu schützen wissen.

Wenn dereinst unsere Braunhemden in einem freien Deutschland aufmarschieren werden, wenn Hakenkreuzfahnen von den Häusern und Hütten, von den Dächern der Fabriken und von den Masten unserer Schiffe wehen werden, wenn die Kirchenglocken die deutsche Freiheit grüßen und das geeinte Volk seinem Führer Adolf Hitler zujubeln wird — mag sein, daß wir dann, wie Cromwells Soldaten, Blumen und Friedensreiser auf unseren Sturmmützen tragen werden. Jedenfalls werden wir nicht darauf vergessen, unser junges Werk zu hüten. „Die Lunten werden brennen."

Die Nationalsoz. gegen den „Bund der Gottlosen".

Antrag Dr. Frick, Schemm und Genossen.

Der Reichstag wolle beschließen:
die Reichsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß alle Organisationen, die religionsfeindliche, Familien zerstörende und Moral vernichtende Tendenzen verfolgen, in erster Linie der „Bund der Gottlosen" und die von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Löwenstein geleitete Vereinigung der „Kinderfreunde", sofort verboten werden.

Wer stimmte im Reichstag gegen das „Mißtrauensvotum der Nationalsozialisten".

Nach dem endgültigen Abstimmungsergebnis ist das von den **Nationalsozialisten** beantragte Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Brüning vom Reichstag mit 292 gegen 220 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt worden. Der Stimme enthalten haben sich 10 Mitglieder der **Wirtschaftspartei,** nämlich die Abg. Borrmann, Drewitz, Hömberg, Dr. Jörissen, Köster, Lauterbach, Lucke, Mollath, Schneidewind und Siller sowie die drei **Deutsch-Hannoveraner.** Die fünf übrigen in der Sitzung anwesenden Mitglieder der Wirtschaftspartei Dunkel, Freidel, Hermann, Holzammer und Pezold haben gegen das Mißtrauensvotum gestimmt, ebenso die anwesenden Mitglieder der **Christlich-Sozialen und Konservativen Fraktionsgemeinschaft** mit Ausnahme der schon erwähnten Hannoveraner. Die Mitglieder des **Landvolks** stimmten für das Mißtrauensvotum; von dieser Fraktion fehlten jedoch die Abgeordneten Baur, Dingler, Dr. Gereke und Schlange-Schöningen.

Mehr Juden!

Unschädlichmachung von Gewohnheitsverbrechern und verminderten Zurechnungsfähigen.

Im **Rechtsausschuß des Reichstages** wurden die §§ 60 dauernde Unterbringung, 61 Aussetzung der Unterbringung, 62 Entlassung, 63 nachträglicher Vollzug, 64 Reichsverweisung beraten. Die Paragraphen wurden entsprechend dem Antrag des Dr. Kahl unverändert angenommen.

Eine lebhafte Aussprache schloß sich an den Antrag **Rosenfeld und Genossen** bezüglich des § 64a an, der die Unfruchtbarmachung gefährlicher Gewohnheitsverbrecher mit seiner Zustimmung vorsieht. Die **Nationalsozialisten** beantragten gleichfalls Unfruchtbarmachung gefährlicher Gewohnheitsverbrecher mit ihrer Zustimmung, da bei den Mehrheitsverhältnissen im Rechtsausschuß und im Reichstag die Annahme des nationalsozialistischen Antrages Unfruchtbarmachung der Gewohnheitsverbrecher ohne ihre Zustimmung keine Aussicht auf Annahme hatte. Im Ausschuß wurde noch von einem „Gesetz Hitler" gesprochen, das die **Unfruchtbarmachung der Juden** unter Umständen vornehmen sollte. Demgegenüber erwiderte **Frank II,** daß der Nationalsozialismus garnicht daran denke, ein solches Gesetz vorzulegen, sondern entscheidendes Gewicht darauf legt, daß das **jüdische Volk sich recht zahlreich vermehrt, da durch die zahlreiche Vermehrung des jüdischen Volkes der Antrieb und die Gewähr für das weitere Wachsen des Nationalsozialismus gewährleistet sei.**

NSDAP. und Landwirtschaft.

In Anbetracht der furchtbaren Not, unter der die deutsche Landwirtschaft heute leidet, hat die nationalsozialistische Fraktion im Reichstage folgende Anträge eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen:
Die Reichsregierung zu ersuchen,
1. sofort anzuordnen, daß alle Gesuche um Stundung und Erlaß von Steuern, die auf landwirtschaftliche, gärtnerische und forstwirtschaftliche Betriebe entfallen, besonders wohlwollend zu behandeln sind, und daß bei Beitreibungen von Steuern jede Pfändung von Vieh und landwirtschaftlichem, gärtnerischem und forstwirtschaftlichem Gerät unterbleibt,
2. für das Rechnungsjahr 1931 die Einkünfte aus landwirtschaftlichen, gärtnerischen und forstwirtschaftlichen Betriebsvermögen vermögenssteuerfrei zu lassen.

Der Antrag kommt bei Erledigung der „Allgemeinen Finanzverwaltung" zur Beratung. Wir werden uns mit aller Tatkraft dafür einsetzen, daß dieser Antrag angenommen wird.

Landvolks Not ist deutsche Not.

„Vorwärts"-Phantasien.

Die Morgenausgabe des „Vorwärts" bringt in großer Aufmachung einen angeblichen Bericht über den Verlauf einer unserer Fraktions-Sitzungen. In dieser Sitzung soll in der Hauptsache über den Pg. Feder ein Scherbengericht abgehalten worden sein. **Wir stellen fest, daß diese ganze Geschichte von A bis Z frei erfunden ist.**

Löbe bekommt es mit der Angst zu tun!

Berlin, 10. Febr. Nach der Rede des Außenministers richtete Reichstagspräsident Löbe an die Mitglieder der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten die dringende Bitte, dafür zu sorgen, daß der Reichstag nicht wieder beschlußunfähig werde. **Bei der jetzigen ernsten Lage müsse man verlangen, daß nur schwerkranke Abgeordnete den Sitzungen fern blieben.**

Die „Lage ist ernst" — allerdings, das glauben wir auch. Den Herrschaften wird unheimlich zumute. Der Appell des Kriegsdienstverweigerers Löbe an das „Pflichtgefühl" der Younginteressenten ist allerdings überflüssig. Solange nicht scharf geschossen wird, werden die Diätenschlucker sowieso keine Sitzung auslassen.

Demokratisches Werturteil?

Simons über „Gefesselte Justiz."

Der frühere Reichsgerichtspräsident, Minister a. D. Simons, der bekanntlich Demokrat und dessen Sohn Sozialdemokrat ist, der aber als bisheriger Inhaber der höchsten Stelle in der deutschen Justiz in seinem Urteil unbestechlich, schreibt an den Verleger des Buches, Herrn J. F. Lehmann in München:

„Die Tatsachen, die Zarnow anführt, lassen sich nicht leugnen und fordern zu energischer Heilung des Krebsschadens heraus, der sich darin offenbart."

Der wahre Revolutionär!

„Was hast Du getan, um im Falle einer Contrerevolution gehängt zu werden?"

Couthon (franz. Revolution 1793).

Nationalsozialistische Volksbühne.

Wie vor einigen Tagen kurz mitgeteilt, gastiert die N.S.-Volksbühne am 5. Lenzung — März — 1931 im hiesigen Casino, 20 Uhr. Die Aufführung kann nur einmal stattfinden, da die Bühne auf einer Gastspielreise von größerem Ausmaße begriffen ist.

Josef Göbbels, den bekannten Schriftsteller und noch bekannteren und erfolgreichen Politiker, als Bühnenschriftsteller kennen zu lernen, zeigt schon überall reges Interesse und man darf auf die Aufführung mit Recht gespannt sein, umsomehr, da der Truppe ein ausgezeichneter Ruf vorangeht und sie unter der Leitung von Robert Rohde als einzige Berliner Bühne bewußt deutschen Kulturwillens, bei Presse und Behörde heute die besten Urteile über ihre Leistungen erzwungen hat.

Für die Vorstellung ist der Vorverkauf auf der Geschäftsstelle, Pelzerstr. 12/13, im besten Gange. Es empfiehlt sich baldige Besorgung der Karten.

Bremen am 12. Horning.

Geschäftsführer der N. S. D. A. P.: Otto Pfeiffer.

Bremer Schauspielhaus.

Reichsuraufführung „Die neue Linie" von Paul Frank u. Ludwig Hirschfeld. Erfreulich ist die Regsamkeit **haus.** Erfreulich ist die außerordentliche Regsamkeit der beiden Direktoren des Bremer Schauspielhauses, die in dieser Spielzeit schon die neunte Reichsuraufführung herausbrachten. Bedauerlich aber ist die Tatsache, daß es meist, wie auch heute, Werke jüdischer Autoren sind, die hier das Rampenlicht zum ersten Mal erblicken. Der Lustspielfirma F. u. H. war aber trotz größter Anstrengungen der Schauspieler ein Erfolg nicht beschieden. Den Vorwurf des Stückes, das als Satire anzusehen ist, kann man noch gelten lassen. Eine in ihren Mann verliebte junge Frau erhält Kenntnis von den Seitensprüngen ihres Gatten. Anstatt sich von ihm scheiden zu lassen, heilt sie ihn von seinen Abendausgängen und Praterausflügen und beweist ihm, daß „die neue Linie" der Ehe doch nicht das Richtige ist, sondern einzig und allein die gute, alte Linie. Aber die Durchführung des Vorwurfes ließ viel zu wünschen übrig. Er ist nicht genügend ausgewertet. Zudem sind die Charaktere matt und schemenhaft gezeichnet. Auch ist die Sprache oft recht banal. Und wenn das Publikum Beifall klatschte, so lag das an den komischen Situationen und an dem guten Spiel gern gesehener, tüchtiger Künstler, wie Viktor van Buren, Hertha Ulrici und anderen. Dr. K.

Ensemble-Gastspiel mit Alexander Moissi „Der Idiot", nach F. M. Dostojewsky, für die Bühne bearbeitet von Wladimir Sokolow und Heinrich George. Bremer Schauspielhaus. Zu Ehren des großen, russischen Seelen- und Menschenkenners Dostojewsky, dessen 50. Todestag wir am 9. 2. 31 begingen, brachte das Bremer Schauspielhaus ein Gastspiel „Der Idiot" mit Alexander Moissi als Fürst Myschkin. Kein deutscher Schauspieler vermag sich wohl so in das Wesen der Russen zu vertiefen als Moissi, den eine gewisse Stammesbrüderschaft mit den Russen verbindet. Das Lässige, Haltlose, aber auch Weiche, Sentimentale, Fatalistische dieses ewig lächelnden und stets zu Tränen gerührten kranken Menschen mit seiner Kinderseele kann schwerlich überzeugender wiedergegeben werden. Moissi spielt nicht den Fürsten Myschkin, sondern er lebt ihn. Wir haben uns in den letzten Jahren daran gewöhnt, jedem Roman als Film wieder zu begegnen. Die Romane werden heutzutage sogar schon mit Rücksicht auf das spätere Filmmanuskript geschrieben. Sokolow und George sind einen neuen Weg gegangen. Sie haben den Roman auf die Sprechbühne gebracht. Wenn in diesem Falle auch nur die Hauptmomente und dramatischen Szenen des Romans filmartig in 10 Bildern aneinandergereiht sind, so geht von dem gesprochenen Wort, der gespielten Szene doch ein ganz anderes Leben aus, als vom Film. Es besteht ein Kontakt zwischen Künstler und Publikum. Außerdem unterstützen die reizvollen Farben und Stimmungen — in Sokolos ungemein geschickter Inszenierung wirkungsvoll zur Geltung kommend — Wort und Handlung in hervorragender Weise. Damit ist wieder einmal der Beweis erbracht, daß selbst der beste Tonfilm das Theater nicht ersetzen kann. — Die Partner Moissis waren gleichfalls erstklassig — bei Namen wie Dagny Servaes, Annemarie Steinsiek, Ernst Karchow, Teoda Preß eine Selbstverständlichkeit. —n—

S.: „Das ist vernünftig."

N.: „Was?"

S.: „Hier (zeigt auf eine Stelle in der Zeitung) Antrag der Nationalsozialisten. Mit dem offiziellen Festessen und sonstigen Gastereien soll künftighin Schluß sein."

N.: „So=o=o=o? Schade, ich wollte das nächste Mal gerade für eine liberal-bürgerliche Partei kandidieren.

Drum Parole: Den Nazis keine Stimme!

Der Revisionsbericht über die Finanzgebarung der Stadt Emden in Wortlaut

(Ein historisches Dokument.)

In der nachstehenden 1. Fortsetzung bringen wir das Prüfungsergebnis verschiedener Anleihen der Stadt Emden, die abgeschlossen wurden, trotz dem Genehmigungen der Aufsichtsbehörde nicht vorlagen.

Tabelle IV **laufende Nr. 38 a—d Gesamtanleihebetrag 400 000 RM.**

Die vorgenannten Wechselkredite waren bei der Deutschen Bank, Filiale Emden, aufgenommen. **Eine besondere Anleihegenehmigung der Aufsichtsbehörde lag hierzu nicht vor. (!)**

Tabelle IV **lfd. Nr. 39 a—d Gesamtanleihebetrag 2 500 000 RM.**

Der vorgenannte Konsortialkredit von 2 500 00 RM. ist je zu einem Viertel von den Bankhäusern Jaffa & Levin, Berlin, Z. H. Gumpel, Hannover, E. & L. Friedemann, Berlin, und Gebr. Arnold, Berlin, zur Verfügung gestellt. Zunächst war der Kredit für ein Jahr fest abgeschlossen zu einem normalen Zinsfuß von 6¾% einschließlich ¼% einmalige Abschlußprovision. Vor Beendigung der Laufzeit ist sodann die Stadtverwaltung an die Bankhäuser wegen Verlängerung des Kredits herangetreten. Diese Kreditverlängerung wurde auch gewährt; jedoch forderten die Banken nunmehr mit sofortiger Wirkung (trotzdem erst ¾ Jahr verflossen war) einen Zinssatz von 9%. Die Stadt hatte demnach für das letzte Vierteljahr der erstjährigen Laufzeit bereits den höheren Zinssatz von 9% an Stelle von 6¾% zu entrichten. Der Kredit lief darauf noch bis zum 31. 12. 28. Eine Anleihegenehmigung seitens der Aufsichtsbehörde ist nicht erfolgt. Zu bemerken ist ferner, daß ein größerer Teilbetrag des Konsortialkredites zunächst bei dem Bankhause Jaffa & Levin auf Kontokorrentkonto belegt worden ist. Wir verweisen hierzu auf die Ausführungen Seite 61/76 dieses Berichtes.

Tabelle IV **lfd. Nr. 40/42 Gesamtanleihebetrag RM. 150 000.**

Von dem vorgenannten Gesamtanleihebetrag entfallen auf die Bankhäuser Z. H. Gumpel, Hannover, L. & D. Friedenau, Berlin, und Gebr. Arnold, Berlin, je RM. 50 000.— Besonders bemerkenswert ist, daß von dem Bankhause Z. H. Gumpel, Hannover, vorübergehend, und zwar für die Zeit vom 14. 12. 27 bis 1. 2. 28, **15% Jahreszinsen berechnet worden sind. Ein derartig hoher Zinssatz ist von keinem anderen** der beteiligten Bankhäuser für die genannte Zeit zur Berechnung gekommen. Die Fa. Friedemann uno Arnold, Berlin, haben jedenfalls für die gleiche Zeit nur einen Zinssatz von 10% berechnet. **Von der Aufsichtsbehörde sind diese Anleihen nicht genehmigt. (!)**

Tabelle IV **lfd. Nr. 43 Anleihebetrag 350 000 RM.**

Es handelt sich um einen Wechselkredit von der preußischen Staatsbank, Berlin. Eine besondere Anleihegenehmigung liegt nicht vor.

Ausweislich der Akten hatte die Stadt ½ % Avalprovision für die Dauer der Laufzeit der Anleihe zu zahlen. Diese betrug demnach RM. 1 750.—. Gezahlt sind jedoch an Avalprovision für die Monate Juni bis Oktober 25 insgesamt **Mk. 2 187,50**. Mithin waren zuviel gezahlt Mk. 437,50. Diese Differenz hatte nach den getroffenen Vereinbarungen die Girozentrale Ostfriesland zu tragen. Eine Zahlung seitens letzterer hat ebenfalls, wie nach den Büchern der Kämmereikasse ermittelt worden ist, nicht stattgefunden. Erläuternd wird noch ausgeführt, daß die Avalprovision derzeit vereinbarungsgemäß an die Girozentrale Hannover zu zahlen war. Laut Akten wollte der Magistrat nach den mündlichen Verhandlungen eine Avalprovision von ½% für die Laufzeit vereinbart haben, während die Girozentrale sich auf den Standpunkt stellte, daß ein Satz von drei Achtel pro Quartal zu zahlen war. Dieser Meinungsstreit zwischen der Stadtverwaltunz Emden und der Girozentrale Hannover wurde dadurch beigelegt, daß der damalige Leiter der Girozentrale, Herr Frickenstein, nach einem Aktenvermerk des Bürgermeisters Harding die Provisionsdifferenz auf die Girozentrale Ostfriesland übernommen hat. Die Anforderung des Differenzbetrages von Mk. 437,50 von der Girozentrale Ostfriesland ist jedoch stadtseitig nicht erfolgt.

Fortsetzung „Aus dem Finanzsumpf" in nächster Nummer.

Dank des deutschen Handwerks an die Nationalsozialisten.

Unserm Reichstagsabgeordneten Reinhardt, der sich bei der Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums mit besonderer Wärme für das Deutsche Handwerk eingesetzt hat, ist das folgende Schreiben der Verwaltung des Deutschen Handwerksinstituts zugegangen:

Hannover, den 28. Jan. 1931.

Herrn
Abgeordneten Fritz Reinhardt
Berlin.
Reichstag.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Sie hatten die Freundlichkeit, sich im Haushaltsausschuß des Reichstages dafür einzusetzen, daß dem Deutschen Handwerksinstitut im nächsten Rechnungsjahre ein Reichszuschuß in Höhe von 70 000 RM. bewilligt würde. Zweifellos hat Ihre Bemühung dazu beigetragen, daß der Ausschuß die Gewährung einer Beihilfe von 24 000 RM. beschlossen hat. Wir verfehlen nicht, Ihnen für Ihre Bemühung unseren verbindlichsten Dank ergebenst auszusprechen.

Deutsches Handwerkinstitut.
Verwaltung
gez. Heiners.

Nach dem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung sind die Umsätze des Handwerks im Jahre 1930 um 1,5 Milliarden niedriger gewesen als im Jahre 1929. Daraus ergibt sich, daß die Lage geradezu katastrophal ist. Viel zu lange hat das Handwerk in Verkennung der tatsächlichen Lage seine eigenen Henker unterstützt.

Bankerott gewerkschaftlicher Lohnpolitik.

Nichts ließen die Gewerkschaften unversucht, um vor eineinhalb Jahren dem Youngplane zur Annahme zu verhelfen. Auch sie stimmten damals das Lied an, daß nun alles, alles besser würde, daß der Plan der Auftakt zu einer neuen Wirtschaftsprosperität sei und automaisch das Lohnniveau des Arbeiers hebe. Die Organisierten wurden belogen, daß die Unternehmer die neuen Lasten bezahlten, und der Lebensstandard des Arbeitnehmers unberührt bleibe. Und doch ist es gerade der Arbeiter, der auf Gedeih und Verderben mit dem Wohle der Gesamtheit verbunden ist und nicht Leute vom Schlage eines Generaldirektor Häcker, der mit dem Ergebnis der Arbeit tausender von „Proleten" auf das Leben in Schönheit und Würde verzichtet und heute wonnetrunken in die Regionen der Alpen klettert. Gewiß erkennen wir an, daß im modernen Produktionsprozeß die Gewerkschaften, als Standes- und Berufsvertretung ihre absolute Existenzberechtigung haben, aber wir wissen aus Geschichte und Wirtschaft, daß in einem durch Tributverklavung verarmten Volke, diese der Verarmung auf die Dauer keinen Widerstand entgegensetzen können, sofern sie das A und O ihres Daseinskampfes im Wirtschaftlichen allein suchen. Da die Not in Arbeitnehmerkreisen auf die außenpolitischen Ursachen zurückzuführen ist, hat sich der Kampf um eine Besserstellung des Arbeitnehmers naturgemäß gegen die äußeren Ursachen zu wenden. Hier aber kämpft die Gewerkschaftsbewegung mit falscher Front, denn sie steht zum größten Teile, da von der S. P. D. beeinflußt, auf dem Standpunkt des Verzichtes nach außen. Die Not wird aber auch die Gewerkschaften eines Tages zur richtigen Frontstellung zwingen, sofern sie sich nicht selbst aufgeben wollen. Dieser notwendige Existenzkampf wird Opfer bedingen materiell und ideell, er wird zu einer Einschränkung der Ausgaben für die Bonzokratie zwingen, die sich aus diesem Grunde verzweifelt gegen eine Umstellung ihrer bisherigen Haltung sträubt. Diese Gewerkschaftsbürokratie machte sich aus Bequemlichkeit und Ichsucht zu Steigbügelhaltern der Partei des Versagens, der SPD. Schritt für Schritt gab man seit Jahren eine Errungenschaft nach der anderen preis, weil auch hier ein Leben des Genießens, dem des Kampfes vorgezogen wurde. Auch die Gewerkschaften wurden Spielbälle des in Trusts, Konzernen und Banken verkörperten Kapitalismus. Dazu kommt, daß ein System, das der SPD. seine Entstehung verdankt und von dieser ausgehalten wird, zum Verräter an den Arbeitnehmern wurde. Ein bezeichnendes Beispiel hierfür bietet die Rede Stegerwalds am Mittwoch im Reichstage. Stegerwald, der aus den christlichen Gewerkschaften hervorging, sagte u. a. folgendes: Nach allem bleibt nichts anderes übrig, als Einsparungen an den Löhnen. Alle Erleichterungen der Wirtschaft können nur von der Lohnseite herkommen. Besser aber, als alles andere beweist nachstehende Tatsache die „soziale" Einstellung Stegerwalds, sowie das restlose Versagen gewerkschaftlicher Lohnpolitik. Ein Vertreter des Kreises Teutoburg der Freien Gewerkschaften berichtete gelegentlich einer Versammlung im Gewerkschaftshaus in Osnabrück, daß in seinem Kreise Unternehmer und Arbeitnehmer auf der alten Basis ein neues Lohnabkommen schufen. Die beiderseitige Bitte an den Reichsarbeitsminister Stegerwald, das Uebereinkommen verbindlich zu erklären, wurde jedoch von diesem mit dem Bemerken abgelehnt **„Da in ihm kein Lohnabbau vorgesehen sei"**. So sieht die Kehrseite der Brüningschen Notverordnung aus, der auch die „Sozial"demokratie ihre begeisterte Zustimmung erteilte. Wir Nationalsozialisten wissen eins, daß die Not noch manche Gehirnverkleisterung in Gewerkschaften und SPD. lösen, und daß diese Not auch weiterhin helfen wird die Sturmbataillone der NSDAP. zu füllen, zum Wohle aller Schaffenden!

Gr.

Das Arbeitsprogramm der „Gottlosen".

Von H. von Bach.

Drüben, jenseits der Grenzen, die der fünfzackige Sowjetstern ziert, versteht man es vorzüglich, den Maßnahmen, die der bolschewistischen Propaganda im Auslande dienen sollen, möglichst harmlose Mäntelchen umzuhängen, um sie auf diese Weise über die Grenzen zu schmuggeln. „Propaganda der Sowjetregierung?" wird dann drüben höchst erstaunt gefragt. Das käme ja gar nicht in Frage — es handele sich doch um die Tätigkeit „rein privater Organisationen", auf welche die Sowjetregierung nicht den geringsten Einfluß habe.

Als eine solche „private Organisation" bezeichnet sich nun auch der „Bund der Gottlosen", der von der Sowjetgewalt aufgezogen wurde und nach ihren Weisungen als ihr gefügiges Instrument arbeitet, für dessen Handlungen die Regierung jedoch — rein formal — die Verantwortung ablehnen kann. In diesem „Verhältnis der zweiten Hand", gestützt und gefördert durch alle Machtmittel des Staates und der Partei, verzeichnet der „Bund der Gottlosen" im Rätestaate selbst ein rasches Anwachsen seiner Bedeutung und seines Einflusses auf das gesamte öffentliche Leben. Man wird nicht fehl gehen, wenn man diesen Bund als die geistige Tscheka bezeichnet, die mit Spitzelwesen, brutalem Zwang und Terror ihre „geistige Aufgabe" erfüllt: Zusammenfassung aller Freidenker zu sein. Die Zeitschrift des Bundes „Besboshnik" (Der Gottlose) zeigt in ihren Berichten über die Tätigkeit des Bundes, was wir unter dieser „geistigen Aufgabe" zu verstehen haben: Hier wird in einer Fabrik ein ehemaliger Priesteradjunkt, der als Schwarzarbeiter für sich und die Seinen sein Brot gefunden, „seiner ehemaligen fluchwürdigen Tätigkeit wegen" davongejagt und in den Tod getrieben; dort nimmt man einer Aerztin ihre Stellung, weil sie Nonnen unentgeltlich behandelt hat; hier werden Kinder aus der Schule entfernt, weil festgestellt wurde, daß ihr Vater Küster war; dort fordert die Fabrikleitung Prämien für Arbeiter, die dem Bunde beitreten.

Unter diesen Umständen muß es wahrlich wundernehmen, wenn der Bund z. Zt. nicht mehr als vier Millionen Mitglieder zählt, da die Zugehörigkeit eine unbedingte Sicherung von Person und Erwerb darstellt und als ein Zeichen politischer Zuverlässigkeit gilt: Der eingeschüchterte Bauer läßt sich eintragen, um der ihm sonst als „Klassenfeind" drohenden Enteignung zu entgehen, der Arbeiter und Angestellte, um aus dem Betrieb nicht „fortgereinigt" zu werden. Nach diesen „Erfolgen" eilt der Bund mit Riesenschritten vorwärts. — Dem zentralen Vollzugskomitee der Sowjet-Union liegt bereits eine Verordnung vor, nach der **jeder religiöse Unterricht mit zwei Jahren Gefängnis und Verbannung bestraft wird.** Zum 1. Januar 1934 aber sollen, nach dem Plan des Bundes, auf dem Gesamtgebiet der Union bereits alle Kirchen und Gotteshäuser geschlossen sein. Für seine Tätigkeit stehen dem Bunde der Gottlosen bedeutende Mittel — die sich nur zum geringsten Teil aus Mitgliedsbeiträgen zusammensetzen — zur Verfügung. Im Jahre 1929 bezifferten sich die Ausgaben des Bundes auf 7,5 Millionen Rubel, für das Jahr 1930 können sie wohl verdoppelt in Rechnung gestellt und für das laufende Jahr noch höher geschätzt werden. Denn immer weiter dehnt sich das Programm des Bundes, der bereits jetzt u. a. über achtzehn „Hochschulen der Gottlosigkeit" verfügt, aus. So soll im Jahre 1931 eine Enzyklopädie des marxistischen Atheismus in mehreren Sprachen herausgegeben werden; antireligiöse Ausstellungen, die auf die breiten Massen abgestimmt sind, sollen veranstaltet, wenigstens zwölf Filme hergestellt werden, von denen die Mehrzahl sich gegen die katholische und evangelische Religion wendet.

Dies ist in knappen Zügen das Bild des Bundes, der seit kurzem als neues Instrument der bolschewistischen Weltpropaganda seine Tätigkeit auch über die russischen Grenzen hinaus erstreckt. Die „Internationale der Gottlosen" soll auf Wunsch Moskaus die religiösen, sittlichen und kulturellen Grundlagen durch ihre Arbeit unterwühlen und damit Wegbereiter für das weitere politische Vorgehen der kommunistischen Internationale sein. Ihre Ziele werden durch folgende Programmpunkte gekennzeichnet: Vereinigung der gesamten antireligiösen Weltbewegung in den Händen eines obersten Organs. Die Hauptarbeit der Propaganda in den bürgerlichen Ländern sollen die kommunistischen Parteien und die ihnen angeschlossenen Organisationen leisten. Organisation eines methodischen Feldzuges nicht nur gegen alle religiösen Kulte, sondern auch gegen einzelne religiöse Sekten. Erfassung der Arbeitslosen in dem Sinne, daß sie den Austritt aus den Kirchen aller Glaubensbekenntnisse, u. a. unter Hinweis auf die hohen Steuern, besonders fördern. Antireligiöse Propaganda unter den Kindern und Halbwüchsigen. Hierzu sollen antireligiöse Zellen in den Volks- und Fortbildungsschulen eingerichtet werden. Organisationen von Vorlesungen, Meetings, Herausgabe von Büchern, Broschüren und Filmen. Antireligiöse Propaganda durch Funkstationen (zunächst kommt die Station des Gewerkschaftssenders in Moskau in Frage). Herausgabe eines wöchentlichen Organs in deutscher, französischer und englischer Sprache.

Diese „Internationale" mit den oben gekennzeichneten Methoden ihrer Betätigung besitzt bekanntlich den **Wunsch**, ihre Zentrale nach Berlin zu verlegen. Unterschätzen wir nicht ihre Bedeutung! Der Kampf gegen echtes Gotterlebnis, der unter dem Sowjetstern eingesetzt hat, ist auch ein Kampf gegen deutsche Kultur und Gesittung, von der die Ehrfurcht vor christlicher Ueberzeugung nicht zu trennen ist. Das sollte für jede Entscheidung ausschlaggebend sein, die unter Umständen geeignet ist, dem „Bund der Gottlosen" Wirkungsmöglichkeiten in Deutschland zu eröffnen.

Die Maske fällt.

Oldenburg. **Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei** hielt im „Anton Günther" eine öffentliche Versammlung ab, die kläglich besucht war. Zuerst sprach Reichstagsabg. Hemeter. Seine Ausführungen waren so nichtssagend, daß wir darauf nicht weiter einzugehen brauchen. Mehr Interesse dürfte das Oldenburger Landvolk aber für die Ausführungen des „Bauernführers" Dr. gr. Beilage haben. Dieser führte u. a. aus:

„Wir, das Landvolk, müssen wieder mit dem Zentrum Hand in Hand gehen — um der negativen Opposition die Spitze abzubrechen!"

Dieses Geständnis ist für uns sehr wertvoll und bestätigt unsere Auffassung. Die Christlich-Nationale Bauernpartei war von ihrer Geburt an nichts anderes als eine Aufnahmestellung für die Bauern, die mit der Erfüllungspolitik des Zentrums, SPD., Demokraten und Volkspartei nichts mehr zu tun haben wollten, die man aber keineswegs zu den Nationalsozialisten gehen lassen wollte.

Nun wißt ihr warum.

Für den Inhalt verantwortlich Kurt Thiele, M. d R., Bremen
Druck und Verlag Ad. Ifenfee, Oldenburg. Fernsprecher 4134

Empfindliche Achimer Nazis.

Unter dieser Ueberschrift wirft eine sozialdemokratische Seele bei der marxistischen Schuttabladestelle, genannt „Volkszeitung", ihren Unrat ab. Anlaß dazu der bekannte Prozeß gegen den Juden Seligmann, der in einer pazifistischen Versammlung gegen die anwesenden Nationalsozialisten wie ein Wilder wütete. Da uns die Reinhaltung der Ehre als höchste Pflicht gilt, reichte ein Parteigenosse wegen der beleidigenden Aeußerungen des Seligmann Beleidigungsklage ein. Gewiß sind wir in der Ehrauffassung anderer Meinung als die Marxisten, die ihren Sittenkodex dem jüdischen Talmud entnommen haben und daher noch heute Verehrer und gelehrige Schüler ihrer jüdischen Meister sind. Verwandte Seelen finden sich! Wir können es verstehen, wenn sich die Bonzen schützend vor die „armen" Juden stellen. Das wird zur Klärung der politischen Verhältnisse auch in Achim wesentlich beigetragen haben. Denn jeder gesund denkende Achimer wird erkannt haben, daß es sich in dem Prozeß von marxistischer Seite nicht um die Austragung eines Rechtsfalles handelte, sondern um den Sieg des politischen Prinzips. So standen Juden und Judenknechte zusammen gegenüber dem reinen Wollen und Handeln einer charakterstarken, zukunftsfrohen Generation. Noch wagt man, vom „jüdisch gesinnten Seligmann" zu sprechen und vom Explodieren „des ehrlichen Zornes!" Ein Beweis dafür, wie wenig die Bonzen die Volksmeinung kennen. Wir werden dafür sorgen, daß sie eines guten Tages vor einer für sich grausamen Wirklichkeit in Grund und Boden versinken! Dann werden sie auch den Unterschied zwischen republikanisch und jüdisch begreifen. —

Der Richter hat den Urteilsspruch gefällt. Der Prozeß Seligmann ist zu Ende! Der Fall Seligmann nicht!!

Stadttheater.

Heute, 20 Uhr, **112. Ab.-V.** Ende ungefähr 22.30

Das Mädchen aus dem goldenen Westen

Oper in 3 Aufzügen Musik v. C. Puccini

Sonntag, 15 Uhr, 50 Nachm.-Vorst. zu kleinen Preisen

Rosen aus Florida

19.30 Uhr, **113. Ab.-V**, Ende ungef. 23. In der erfolgr. Neueinstudierung:

Don Juan

Grosse Oper in 2 Akten v. W. H. Mozart

Montag, 20 Uhr, Geschl. Vorst. für den Beamten-Bild.-Ausschuß Abt. A.

Das Käthchen v. Heilbronn

Dienstag, 20 Uhr, **114. Ab.-Vorst.** **Erstaufführung:**

Der Herr mit dem Fragezeichen

Lustspiel in 3 Akten v. Alfred Möller und Hans Lorenz

Mittwoch, 19.30 Uhr, **115. Ab.-Vorst.** Ende ungef. 23 Uhr

Der große Operetten-Erfolg! In der Neueinrichtung von Prof. Max Reinnardt.

Die Fledermaus

Operette in drei Akten v. Joh. Strauß

Donnerstag 20 Uhr, **116. Ab.-V.** Ende ungef. 22.30.

Erster Abend im Wagner-Zyklus: Der Ring der Nibelungen

Vorabend:

Das Rheingold

Freitag, 10.30 Uhr. **117. Ab.-Vorst.** Ende ungef. 22.45.

In neuer Einstudierung:

Der Barbier von Sevilla

Sonnabend 18.30 Uhr **118. Ab.-Vorst.** Ende ungef. 23 Uhr

2. Abend im Wagner-Zyklus: Der Ring der Nibelungen

Erster Tag:

Walküre

Sonntag, 15 Uhr 51. Nachm.-Vorst. Ende 18.15.

Die Jungfrau von Orleans

Schauspiel von Fr. v. Schiller

20 Uhr **119. Ab. Vorst.** Ende 22.45.

Der Troubadur

Oper in 3 Akten von G. Verdi

Montag, 20 Uhr Geschl. Vorstellung für den Arbeiter Bildungsausschuß.

Nächste Vorstlg. im Wagner-Zyklus Der Ring der Nibelungen:

Dienstag, 24. Febr. Siegfried

Freitag, 27. Febr. Götterdämmerung

Familienanzeigen finden in der **B. N. Z.** **weiteste Verbreitung!!**

KLEINE ANZEIGEN

Dieser Raum steht stellenlosen Pg. zu dem niedrigen Preis von 50 Pfg. für 20 mm für Stellengesuche zur Verfügung. Erwerbslosen-Karte gilt als Ausweis. Als Ausdruck unseres Willens zur tatkräftigen Bekämpfung d. Erwerbslosigkeit gewähren wir auf Stellenangebote nach Entscheidung der Redaktion Nachlaß laut Tarif. / /

Stellengesuche

Suche für meine 18jährige Tochter irgend welche Beschäftigung

Gefl. Angebote unter S 31 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Haustochter

vom Lande, 21 Jahre wünscht sich zum 1. April oder später zu verändern. Bremen od. Umg. Familienanschluß erwünscht.

Gefl. Ang. u. T. 32 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Zu vermieten.

Freundl. möbliertes **Zimmer** monatl. RM. 30 per sofort **Panzenberg 4.**

Verschiedenes

Oberhemden nach Maß zu Fabrikpreis fertigt an **Frau Peters** Römerstr. 25

Heißmangel-Plätterei

Plätten die Std. 1.90 Abhol. u. bringen frei **Block,** Lessingstr. 10.

Stellenangebote

Stütze (Haushälterin), die selbständig kochen kann, z. 1. April nach Hohenzollernstraße gesucht. Angebote unter **V. 34** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Perfekte Stenotypistin in Anfangsstellung sof. od. 1. März ges. Ang. unt. R. 31 a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

15% Provision erhalten Verteiler für unseren erstklassigen **Röstkaffee** an Private (Geschäftsl. nat.-soz.). Angebote unter Nr. 27 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Bruno Mulde Stempelfabrik Bremen Wegesende 18 Fernsprecher 25 Domsheide

Paß-Bilder schnell und billig. Anfertigung aller Foto-Arbeiten. **Seekamp,** Admiralstraße 160. (Ecke Hemmstr.)

Den **Mey-Kragen** erhalten Sie in allen Weiten und Formen bei **Finke u. Co.,** Wegesende 9. **Herren-Moden**

Bremer Land Radio **Schüsselkorb 32|33**

Kompl. Radio-Anlagen Sprechapparate Schallplatten

Herren-Maß-Schneiderei Niedrigste Preise. Garant. guter Sitz **Rud. Steinke** v. d. Steintor 251

Mietgesuche.

2 Zimmerwohnung von kinderlosem, wohnungsberechtigten Ehepaar zum 1. März oder früher gesucht. Angebote unter U 33 an die Geschäfts-Stelle dieses Blattes.

Jg. Brautpaar sucht z. 1. 4. 31 od. später 3 Zimmer u. Küche, Neustadt, vord. westl. Vorstadt, Findorf, monatl. bis Mk. 60. Angebote unt. W. 35 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Abgeschlossene 4 Zimmer-Etage möglichst Zentrum von Pg. gesucht. Angebote mit Preis unter **Z 36** an die Geschäftsstelle dieses Bl.

Unterricht.

Gaudian's Privat Handels-Schule Domshof 16 II



Schreib-, Sprach- u. Handelskurse Nur Damen u. Herren mit guter Ausbildung erhalten Stellung **H. Gaudian, Dipl. H. H.**

Frischens Privat-Handels-Schule Bredenstr 14. Eintritt jederzeit.



Engl. Unterricht (Auslandspraxis) **Hermann Ernst** Kölnerstraße 58.

Unterricht in der **Plakat-Malerei** (Lackschrift) erteilt Pg. **E. Vietgen** Rheinstrasse 7p.

Herren-Frisier-Salon Marktstr. 20 und Petristraße

Erstkl. schnelle Bedienung Solide Preise

H. Kobbenbrink

Arbeitslose Parteigenossen gegen Ausweis halbe Preise



Eine schöne wertvolle **Gardine und Dekoration** ist die erste Vorbedingung für ein gemütliches Heim. / Nutzen Sie die Vorteile des eingetretenen Preisabbaues jetzt aus u. lassen sich die neuesten Muster ganz unverbindl. vorlegen bei

H. Wilh. Waltjen

Ostertorstwg. 9/10 Größtes Gardinen-Lager

Café Arcadia Bahnhofstraße 6

Mittwoch, 18. Febr. 4 Uhr III. Opern-Nachmittag mit auserlesenstem Programm Leit.: Musikdirektor W. Stülken Eintritt frei!

Echt Ammerländische Schinken und Fleischwaren empfiehlt **Pg. Harbert A. Ulland** **Bad Zwischenahn i. O.**

Siegfried Walter



Schokoladen - Fabrikate China-Teeimport Findorfstr. 24 Rol. 10391

Buchstelle für den gewerbl. **Mittelstand** **Bruno Westermann** Am Dobben 110 Hansa 44227

Otto Conradt Großschlachterei und Fleischwarenfabrik.

ff. Bockwurst, Cornedbeef, sow. alle Fleisch- und Wurstwaren zu billigsten Tagespreisen

Falkenstraße 35 a. Fernruf Roland 5693

Die zinslose Tatbewegung!



Zinslose Darlehn für Eigenheim-Bau und Hypotheken-Ablösung.

Auskunft durch: **Bau- u. Wirtschaftgem.** e. G. m. b. H., Bremen, Martinistr. 12

Malerarbeiten Dekoration Reklame **Ewald Vietgen** Rheinstraße 7

Patent Gebrauchsmuster- und Warenzeich.-Anmeldg. für In- u. Ausland durch Patent-Ingenieur **Otto Fritsch, Klosterstr. 2-5 a. d. T.**

Bewie Fachgeschäft für **Damenputz** Pelzerstraße 4

Klinkerhaus Pelzerstraße 53

Bürgerl. Küche Gut gepfl. Getränke

Hotelzimmer Einheitspreis 4.50 einschl. Frühstück u. Bedienung

Tischtennis! Klubzimmer!

Die Frau von heute steht jetzt genau so im Existenzkampf wie der Mann. Damit ihr Organismus allen Ansprüchen gewachsen bleibt, trinke sie täglich zu den Mahlzeiten eine Flasche Köstritzer Schwarzbier. Das stärkt und belebt die Nerven. Für Frauen, die Pflichten haben, ist dieser herzhafte Trunk unentbehrlich. — Generalvertretung: H. Beckröge, Wegesende 22/24. Ruf Domsheide 29722.

Die - - - - - richtigen, echten, mit gesetzlich geschütztem Namen

Bölts - Mandelkränze Stück 10 Pfg.

bekommen Sie nur bei **mir**

Bunte Platten mit **allerfeinstem** Gebäck **tischfertig** garniert, in **altbekannter Güte** von Mk. 2.— an.

Alles täglich frisch!

Konditorei Bölts

Ruf Domsheide 29787 - Fedelhören 76

Lieferung in alle Stadtteile **frei** Haus

Habe keine Filialen!

Vergiss nicht

Mitglied der

„Gemeinnützigen „Bürgerlichen Bestattungskasse"

Kurze Wallfahrt 9 (Ecke Molkenstr.) zu werden Diese sorgt für Dich und Deine Familie für kostenlose, würdige Bestattung im Todesfall. Beitrag monatlich 50 Pfg. **pro Familie.**

Molkereiprodukte Butter Eier Käse Wurstwaren **L. Schreiber** Verkaufsstand: Domshof (Hauptreihe) u. Hohentorsheerstr 103



Die aktuelle Kampfzeitschrift gehört in jede deutsche Familie! Preis pro Heft 30 Pfg. frei Haus. Abonnements-Bestellungen nur bei der Bremer Nat.-Soz. Zeitung Bahnhofstr. 26

Bremer Nationalsozialistische Zeitung. 1. Beilage
14. Februar 1931

Diesem System keinen Groschen und keinen Mann!

Abrechnung des Abg. Pg. Dr. Goebbels mit der Young-Regierung.

Die einstündige Rede von Dr. Goebbels im Reichstag am 5. Februar 1931 hatte im wesentlichen folgenden Wortlaut:

„Es erscheint mir außerordentlich merkwürdig, daß bei einer Debatte, die im wesentlichen um das Kabinett Brüning und seine Politik geht, die Kommunistische Partei die Veranlassung verspürt, sich ausschließlich mit uns Nationalsozialisten zu beschäftigen. Noch, meine Herren Kommunisten, stellen wir Nationalsozialisten nicht den Reichskanzler, und Sie müssen sich schon, wenn die Regierungspolitik zur Debatte steht, mit der Regierungspolitik auseinandersetzen.

Das Kabinett Brüning hat Rechenschaft abgelegt, und an dieser Tatsache ist nicht so bemerkenswert, was der Reichskanzler Brüning gesagt hat, sondern daß er überhaupt etwas gesagt hat, daß er es überhaupt für notwendig befindet, vor diesem Reichstag noch seine Politik zu verteidigen und daß er seine Regierungserklärung nicht einfach durch Notverordnung erläßt. (Heiterkeit!)

Der Reichskanzler begann mit der Feststellung, daß seine Regierungserklärung in einem Stadium politischer und wirtschaftlicher Krisen vor sich gehe, und er knüpfte daran gleich die Bemerkungen, daß er nicht die Absicht habe, programmatische Erklärungen abzugeben. Das ist außerordentlich bedauernswert; denn das war es, was uns hauptsächlich interessierte: nicht die Feststellung der Krise, die ja nachgerade in Deutschland die Spatzen von den Dächern pfeifen, sondern die Feststellung der Ursachen der Krise.

Das festzustellen, was ist, das hat nachgerade in Deutschland keinen Zweck mehr; sondern die Frage geht darum, festzustellen, warum es so ist, und darüber kommt man mit einem pathetischen Dank an den Reichsfinanzminister wird ausgesprochen vom Reichskanzler, aber nicht vom deutschen Volke, von jenem deutschen Volk, das heute der Leidtragende der Politik des Kabinetts Brüning ist.

Der Reichskanzler erklärte, daß seine Finanzpolitik auf Ersparnisse hinauslaufe und daß er es kategorisch ablehne, die deutsche Wirtschaftslage noch mehr zu verkomplizieren durch Aufnahme von Krediten. Zur selben Zeit wird in der deutschen Oeffentlichkeit die Frage erörtert, ob es wahr sei, daß dieses Kabinett Brüning mit der französischen Regierung bezw. mit den hinter ihr stehenden Bankkonzernen zur Aufnahme von Milliardenkrediten in Verbindung getreten sei. (Hört! Hört! b. d. Natsoz.), um noch einmal ein System hochzufüttern, das seinen Bankrott längst vor der Oeffentlichkeit in Deutschland erwiesen hat.

Der Reichskanzler erklärte, seine Finanzpolitik sei dazu angetan, am Ende zu einer Revision der Verträge zu führen. Er befindet sich dabei insofern in einem Trugschluß, als niemals das Ausland eine Veranlassung verspüren wird, Deutschland eine Milderung seiner internationalen Lage zuzugestehn, wenn wir durch eine drakonische Abdrosselung des Sozialetats, durch furchtbare Heraufschraubung der allgemeinen Steuersätze das deutsche Leben dem Scheine nach wieder saniert und in Deutschland Kirchhofsruhe hergestellt haben und dann an das Ausland herantreten wollen, um eine Milderung unserer internationalen Lage zu erbitten.

Der Reichskanzler erklärte, er sei sich mit einem großen Teil des deutschen Volkes in seiner Politik einig. Er hat diese Einigkeit mit dem deutschen Volke bei seinem Ostlandsritt, bei seinem Zug nach Oberschlesien festzustellen Gelegenheit gehabt. Er hat dort erfahren, wie das deutsche Volk über ihn und seine Politik denkt. (Sehr wahr! b. d. Natsoz.)

Gewiß hat der Reichskanzler recht, wenn er erklärt, die ganze Weltöffentlichkeit erkenne nachgerade die Furchtbarkeit der deutschen Kreditverpflichtungen. Aber, Herr Reichskanzler Brüning, das ist nicht das Ergebnis Ihrer Youngpolitik; sondern das ist die Frucht unserer Oppositionspolitik. (Lebh. Zustimmung, Beifall und Händeklatschen b. d. Natsoz.)

Wenn heute das Ausland anfängt einzusehen, daß es so in Deutschland nicht weiter gehen kann, dann ist das der Tatsache zu verdanken, daß am 14. September sechseinhalb Millionen Deutscher durch die nationalsozialistische Bewegung gegen Ihr System Protest eingelegt haben. (Erneuter Beifall und Händeklatschen b. d. Natsoz.)

Wie das Kabinett über den Youngplan und seine verheerenden Folgeerscheinungen denkt, das haben wir gestern aus einer gelegentlichen Bemerkung des Reichsarbeitsministers entnommen, der das „Gerede vom Youngplan" als eine „abgedroschene Phrase" bezeichnete. (Pfui! b. d. Natsoz.)

Das ist es, was wir Ihrer Regierung zum Vorwurf machen. Sie haben es unterlassen, in einer zwölfjährigen Tributpolitik das deutsche Volk über die mutmaßlichen Folgen der Reparationen aufzuklären, und Sie stehen nun vor der Tatsache, die Reparationen in Deutschland organisieren zu müssen, und haben nicht den Mut, vor das Volk hinzutreten und zu erklären: unsere Politik ist falsch und irrig gewesen, sie ging von trügerischen Voraussetzungen aus.

Wie ist denn die Lage in Deutschland, — die Lage, die allerdings der Herr Reichskanzler von diesem Platze nicht dargelegt hat! Ein Heer von nahezu 5 Millionen Arbeitslosen zeichnet den Weg Ihrer Politik, ein Bauernstand, der in den Ost- und Nordprovinzen schon zur offenen Rebellion übergegangen ist, zeichnet Ihre Politik. Ein zertretener Mittelstand, der nicht mehr weiß, von einem Tage in den anderen zu kommen, und durch einen unerhörten Steuerdruck zu Tode gepreßt ist, — das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Das Reich ohne Kredite und ohne Geld; die Länder vom Reich geknebelt und nicht mehr zu den primitivsten Aufgaben in der Lage; die Städte vor dem Bankrott; die Hauptstadt Berlin im Begriff, ihren letzten Besitz zu verscherbeln, um am Ende des Monats ihre Beamtengehälter bezahlen zu können; in den Reichsfinanzen ein größer und größer werdendes Loch, ein Defizit, das sich nicht mehr zustopfen läßt; der Sozialetat auf allen Gebieten abgedrosselt, die sozialen Errungenschaften allüberall abgeschafft; dazu Lohnraub für die breiten Massen, Schiedssprüche, die dem Arbeiter zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben geben. (Sehr wahr b. d. Natsoz.)

Und dann als Ergebnis Ihrer Politik nach außen hin ein Versager nach dem anderen: Polen vor den Toren Oberschlesiens und das Deutschland von heute aubgerüstet einer waffenstarrenden Welt gegenüber; das ist das Youngdeutschland, das der Reichskanzler allerdings nicht geschildert hat, das er damit zu verdecken strebt, daß er ausführte: Ich habe nicht die Absicht, hier programmatische Erklärungen abzugeben. Nein, Herr Reichskanzler, es ist nicht wahr, wenn Sie heute der Opposition den Vorwurf machen, sie wolle die Katastrophe. Die Katastrophe brauchen wir nicht zu twollen; die haben Sie herbeigeführt (Stürm. Beifall b. d. Natsoz.); und was uns von Ihrer Politik unterscheidet, ist, daß wir den Mut haben, eine Katastrophe eben eine Katastrophe zu nennen, daß wir den Dingen den richtigen Namen geben. (Erneuter Beifall b. d. Natsoz.) Sie können sich vielleicht darauf berufen, daß Sie erklären: jedes Land hat derartige Krisen durchgemacht, und jedes Land ist über derartige Krisen, wenn die Volkseinheit bewahrt wurde, hinübergekommen. Daß die Krise besteht, ist nicht der Gegenstand unserer Kritik. **Daß aber ein System weiterbesteht, das vor eineinhalb Jahren Segnungen und Friede und Freiheit und Brot versprach, und daß dies System weiter sich in Amt und Würden und Macht befindet, das ist es, was wir bekämpfen.** (Lebh. Bravo und Händeklatschen b. d. Natsoz.)

Wie ist es denn in Wirklichkeit? Dieselben Parteien, die heute mit nationalen Phrasen vor die Oeffentlichkeit hintreten und erklären, sie hätten die Absicht, die Finanzen und den Etat zu sanieren, haben uns vor eineinhalb Jahren vor die Gerichte gezogen, wenn wir gegen den Youngplan Protest erhoben. (Hört! Hört! b. d. Naatsoz.) Sie haben uns vor den Richter gestellt als verfassungsbrüchige Elemente, als wir das Ergebnis voraussagten, das Ihre Politik heute zeitigt. (Bravo und Händeklatschen b. d. Natsoz.)

Haben Sie im September des Jahres 1929 vorausgesagt, daß die Wirtschaft veröden würde? Haben Sie vorausgesagt, daß man Hunderttausende und Millionen Arbeiter von den Maschinen vertreiben müßte? Haben Sie vorausgesagt, daß man den Mittelstand zertreten wollte, daß man den Bauern nicht das Lebensnotwendige geben könnte? Nein! Sie haben eine Ankurbelung der Wirtschaft vorausgesagt,. Haben Sie eine Verminderung oder eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit prophezeit? Haben Sie eine Verminderung oder eine Erhöhung des Steuerdrucks versprochen? Sie haben vorausgesagt, was nicht eingetroffen ist, und haben uns vor die Gerichte gestellt, weil wir vorausgesagt haben, was eingetroffen ist. (Sehr richtig! und Händeklatschen b. d. Natsoz. — Zurufe links.)

Es erscheint mir notwendig, mit dem Kabinett Brüning eine grundsätzliche Auseinandersetzung vorzunehmen. Das Kabinett Brüning erklärt, es wolle zunächst eine Sanierung der Finanzen., um am Ende zu einer Revision der Verträge zu kommen. Das Kabinett Brüning nimmt diese „Sanierung der Finanzen" durch Notverordnungen vor. Im Volke spricht sich der Witz herum, daß vom Kabinett Brüning die Not verordnet werde, und was den Preisabbiau anbelangt, so pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß jeder einen Preis bekommt, der etwas vom Abbau merkt.

Dafür opfern nun Arbeiter, Bauern und Bürger in Deutschland ihre le"zten ersparten Hungergroschen, nicht, weil man ihnen das Ziel der Freiheit zeigt, sondern um eine reibungslose Durchführung der internationalen Tributpolitik zu gewährleisten. (Sehr richtig! b. d. Natsoz.)

Wenn Ihnen, Herr Reichskanzler, in Schlesien — nicht grüne Jungens, wie es in Ihrer Presse dargestellt worden ist, sondern arbeitslose Proleten — „Hungerdiktator" zugerufen haben, dann ist das die Stimme des Volkes, die einmal die Stimme Gottes sein wird. (Lebh. Beifall und Händeklatschen b. d. Natsoz.)

Während man diesem Parlament mit Hilfe des Artikels 48 das aufzuzwingen bestrebt ist, was es nicht annehmen will, versucht man, die Opposition, die legal zu ihrer heutigen Stärke gekommen ist, durch terroristische Gummiknüppelmethoden mundtot zu machen. Das fing mit dem Reichswehrprozeß, in dem man die nationalsoz. Bewegung mit der wehrfeindlichen Kommunistischen Partei auf eine Stufe stellte und sie hochverräterischer Tendenzen überführen wollte. Das wird heute in den Ländern praktiziert durch verfassungsbrüchige Braunhemdenverbote. Man sucht heute der Oeffentlichkeit weiszumachen, daß nur die nationalsoz. Bewegung die Friedensbrecherin sei und übersieht, daß, wenn die nationalsoz. Erhebung heute den Durchbruch ihrer Ideen auch zu verteidigen gezwungen ist, das nicht in ihrem eigenen Willen gelegen ist, sondern daß der Terror ihr von den Bundesgenossen des Herrn Reichskanzlers aufgezwungen worden ist. (Lebh. Zustimmung b. d. Natsoz.)

Die nationalsoz. Bewegung hat allein in den letzten 14 Tagen 9 tote S. A.-Männer zu verzeichnen. (Pfui b. d. Natsoz.) Auch das geschriebene Wort sucht man in dieser Republik der „Meinungsfreiheit" zu unterbinden. Es wurde vor einigen Tagen verboten die Berliner Tageszeitung „Der Angriff". (Bravo! im Zentrum und bei d. Soz.)

Der „Angriff" ist gestern verboten worden, weil er im Kommentar der Neuwieder Zusammenstöße (die herausgefordert wurden durch das obszöne, unsittliche Gebaren einer roten „Kinderrepublik" gegen das von der angeblich so christlichen und sittenstrengen Zentrumspartei des Herrn Reichskanzlers nie Einspruch erhoben worden ist) erklärt hat: „Wir billigen diese Zusammenstöße nicht, aber wir finden sie menschlich verständlich". (Sehr wahr! b. d. Natsoz.) Daraus folgerte dann der Berliner Polizeipräsident eine ausdrückliche Billigung und Verherrlichung von Gewalttätigkeiten gegen politisch Andersdenkende. (Hört! hört! b. d. Natsoz.)

Und nun, um das Terrorregiment vollzumachen, erfindet man für dieses Hohe Haus eine neue Geschäftsordnung. Man kann füglich behaupten: dieses Kabinett lebt überhaupt nur noch von Geschäftsordnungstricks. (Sehr gut! b. d. Natsoz.) nur noch von kleinen Taschenspielerkunststücken, mit denen man den Willen der Oppositionellen in diesem Hause unterbinden will. Man fragt sich mit Fug und Recht: Warum wird denn dieser Reichstag überhaupt noch einberufen, was soll er eigentlich noch? Er hat in den letzten Monaten nichts anderes getan als erlassene Notverordnungen angenommen. Da treten dann Vertreter der Regierungsparteien vor die Oeffentlichkeit und geben der nationalsozialistischen Bewegung den guten Rat, von der Politik Urlaub zu nehmen.

Den Urlaub werden vermutlich ganz andere nehmen als wir! Den Urlaub sollen die bankrotten Young-Parteien nehmen! (Sehr gut! und Bravo! b. d. Natsoz.)

Der Reichskanzler hat hier feierlich erklärt, daß dem Reichskabinett die Staatsstreichpläne, die heute in der Oeffentlichkeit laut und lauter besprochen werden, vollkommen fern lägen. Das ist nicht von wesentlicher Bedeutung; denn dieses Kabinett lebt ja heute schon vom trockenen Staatsstreich, dieses Kabinett praktiziert ja seit Monaten den Staatsstreich. Es kann sich bei seinen Notverordnungen nicht auf eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit berufen. Wollte es sich darauf berufen, dann müßte es erst seine eigene Existenz beseitigen, denn sie ist dazu angetan, in Deutschland die Ruhe und Ordnung zu stören. (Beifall b. d. Natsoz.)

Ich weiß nicht, woher dieses Kabinett die Stirne nimmt, uns Nationalsozialisten als Hochverräter nach Leipzig zu bestellen. Die Hochverräter sitzen heute in den Mittelparteien. (Oho! in der Mitte.) Die Väter der Weimarer Verfassung haben selbst die Weimarer Verfassung durchlöchert. Die hochverräterische Politik wird heute nicht von der Opposition vorgeschlagen, sondern (den Rest des Satzen können wir wegen des Republikschutzgesetzes nicht wiedergeben). (Lebhafter Beifall bei den Natsoz. — Glocke. Der sozialdem. Präsident Löbe erteilt Dr. Goebbels einen Ordnungsruf.)

Sie sehen die Wirkungen, aber nicht die Ursachen. Die Millionen, die heute zu Ihrem System in einer verbitterten und verbissenen Opposition stehen, sind nicht von uns geweckt, sie sind nur von uns organisiert worden. Geweckt sind sie durch die Politik, wie sie seit 1918 in dieser Republik betrieben worden ist. (Sehr richtig! b. d. Natsoz.)

Ich frage: Inwiefern ist heute der Einwand der Erfüllungsparteien berechtigt, die nationalsozialistische Bewegung habe keine Veranlassung zu kritisieren, solange sie es nicht besser mache.

Besser machen, meine Herren, kann man es nur, wenn man die Macht besitzt; und wenn Sie wünschen, daß wir es besser machen, dann verschwinden Sie von Ihren Plätzen! (Lebh. Beifall b. d. Natsoz.) Sie verlangen von uns eine bessere Finanzpolitik als die von Ihnen betriebene und von uns kritisierte. Was würden Sie uns zur Antwort geben, wenn wir Ihnen heute unsere Sturmabteilungen in die Finanzämter hineinschickten und dann sagten: „Wir wollen es besser machen!" (Unruhe b. d. Soz. und fortgesetzte Zwischenrufe d. Abg. Litke. — Glocke.)

Wir fühlen diesem System gegenüber keinerlei Verantwortung. Die Nationalsozialistische Opposition trägt nur Verantwortung dem deutschen Volk gegenüber, und um den Willen des deutschen Volkes ist uns nicht bange. Es ist kaum ein Jahr her, da saßen wir Nationalsozialisten in diesem Hause noch mit Zwölfen. Der 14. September, Herr Reichskanzler, war ein Warnungszeichen. Der 14. September war ein Fanfarenstoß des deutschen Volkes, ein Fanfarenstoß, den Sie nicht gehört haben, weil Sie ihn nicht hören wollten. Darum sitzt heute die nationalsozialistische Opposition mit 107 Abgeordneten in diesem Hause. Die Erfüllungsparteien haben mich zuerst darauf herauszureden versucht: das ist eine Fieberkurve, und nach der Fieberkurve wird wieder die Genesung einsetzen. (Sehr richtig! in der Mitte und b. d. Soz.)

Aber die Wahlen in Oldenburg und Danzig und Baden, und wo auch immer, reden eine andere Sprache. Sie sagen Ihnen, daß der nationalsoz. Aufbruch

nicht eine Fieberkurve, sondern ein völkisches Elementarereignis ist. (Lebh. Beifall b. d. Natsoz.), ein Elementarereignis, daß Sie heute mit Geschäftsordnungstricks und Taschenspielerkunststückchen nicht mehr zum Schweigen bringen können. **Würden Sie heute wieder einmal an das Volk appellieren — und wir haben Ihnen ja durch unseren Antrag, diesen Reichstag zur Auflösung zu bringen, dazu Gelegenheit gegeben — diese Fieberkurve „Nationalsozialismus" würde mit 180 Abgeordneten wiederkommen. (Lebh. Beifall b. d. Nazionalsozialisten!)**

Je mehr die Regierung glaubt, fest in der Macht zu sitzen, um so schwacher steht die Opposition auf der Lauer. Die nationalsozialistische Bewegung hat nicht die Absicht, unter diesem Regiment aus ihrer trotzigen Oppositionsstellung herauszugehen.

Sie hat durch den Mund ihres Führers zum Ausdruck gebracht, daß sie legal sei. Das heißt aber, nach der Verfassung sind wir nur verpflichtet zur Legalität des Weges, aber nicht zur Legalität des Zieles. (Rufe bei den Soz. und in der Mitte: Aha!) Wir wollen legal die Macht erobern. Aber was wir mit dieser Macht einmal, wenn wir sie besitzen, anfangen werden, das ist unsere Saache. (Stürmische Zustimmung und Händeklatschen bei den Natsoz.)

Wir haben das Gefühl, daß das deutsche Volk die Absicht hat, über kurz oder lang mit der Politik, wie sie seit 1918 in Deutschland betrieben worden ist, eine Abrechnung vorzunehmen.

Wenn das Volk diese Abrechnung will, und das Volk macht uns einmal zum Vollstrecker dieses Willens, dann werden wir uns getreu dem Satz, daß des Volkes Wille oberstes Gesetz ist, diesem Willen nicht entziehen. (Bravo bei den Natsoz.)

So meldet die nationalsozialistische Opposition ihre Forderungen an. Sie verlangt, daß dieses Haus, weil es arbeitsunfähig ist und nicht mehr dem Willen des Volkes entspricht, zur Auflösung gebracht wird. Die nationalsozialistische Opposition forrdert einen neuen Appell an das Volk, und sie fordert mit der Auflösung dieses Hauses die Auflösung des Preußischen Landtages. (Lebh. Zustimmung bei den Natsoz.)

Denn während wir mit Fug und Recht schon nach dem Ergebnis des 14. September mit 110 Abgeordneten im Preußischen Landtag sitzen müßten, müssen wir uns heute dort noch mit sechs begnügen. Wir wollen, daß der Weimarer Verfassung Genüge getan wird. Wir wollen, daß ein neues Parlament zusammentritt, und daß dieses Parlament sich die Regierung bestimmt, die dem Willen des Volkes entspricht. Das Kabinett Brüning kann darauf keinerlei Anspruch erheben. Die nationalsozialistische Bewegung will eine wahre Volksregierung.

Es ist nicht wahr, wenn man heute der nationalsozialistischen Bewegung unterstellt, sie wolle das deutsche Volk über die Notwendigkeit eines organisierten Opfersinnes hinwegtäuschen. Wir wissen, daß das Volk opfern will. Aber das Volk soll und darf nicht opfern, um mit dem Ergebnis seines Opfermutes das Danaidenfaß der Tributpolitik zu füllen. (Beifall bei Natsoz.)

Wenn wir das Volk zum Opfern aufrufen, dann wollen wir wissen, wofür das Volk opfern soll. Wir werden niemals unsere Hand dazu bieten, daß das deutsche Volk seine letzten Hungergroschen auf den Götzenaltar einer internationalen Tributpolitik legt, sondern wir wollen und fordern, daß das Ziel des deutschen Volkes auch die deutsche Freiheit ist.

Deutschland wird heute — und das ist vielleicht unsere tiefste Tragik — von einem **politisch vergreisten System** regiert. Das System von heute entspricht im mindesten den aktivistischen Forderungen der deutschen **Jugend** und des deutschen **Arbeitertums**. Die Parteien der Mitte greinen und jammern nach der Jugend, die ihnen verloren gegangen ist. Sie treten vor die Oeffentlichkeit mit dem Ruf: **Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft.**

Nein, wer die Zukunft hat, der hat die Jugend. (Stürmische Zustimmung bei den Natsoz. — Unruhe und Zurufe links. — Glocke des Präsidenten.)

Das hat die deutsche Jugend mit wachem Instinkt längst erkannt. Die Mittelparteien, das jetzige System, haben das Anrecht auf die deutsche Jugend verspielt. Die bürgerlich-liberalen Parteien haben durch die Bundesgenossenschaft mit dem internationalen Marxismus das Anrecht verloren, als die Interpreten des deutschen Nationalismus vor die Nation zu treten.

Die bürgerlich-liberalen Parteien haben sich zu Hörigen des internationalen Pazifismus gemacht; sie sind heute die ausführenden Organe des internationalen **Klassenkampfes**, wie er links unter **marxistischer** und rechts unter **bürgerlicher** Prägung betrieben wird.

Wir sind davon überzeugt, daß in Deutschland einmal eine Entscheidung fallen wird, weil diese Entscheidung fallen muß. Aber Entscheidungen fallen immer nur nach Scheidungen. Erst müssen in Deutschland die Geister geschieden werden, erst müssen sich die Geister bekennen zu dem, was bisher in Deutschland als Politik betrieben worden ist oder zu dem, was die Opposition seit 1918 auf ihre Fahne geschrieben hat. Diese Scheidung ist gleichbedeutend mit einer **Ausmerzung der international-marxistischen Klassenkampfideologie.** Der nationalsozialistische Staatsgedanke fordert die **Wiederherstellung der deutschen Ehre**, fordert, daß mindestens dem Wort Genüge getan wird, das einmal aus dem Munde eines der amtierenden Minister kam: **Erst Brot und dann Tribute!** Heute hungern in Deutschland 5 Millionen Arbeitslose, aber das System der Erfüllungspolitik bleibt unangetastet.

Wir wissen, daß die Eroberung des Reichs über die Eroberung Preußens geht. Wir wissen, daß dieser schamlosen Bettgenossenschaft zwischen Zentrum und Marxismus (Große Erregung und Pfuirufe im Zentrum. — Sehr gut! bei den Natsoz. — Glocke.) **ein Ende bereitet werden muß.**

So präsentiert sich vor der Oeffentlichkeit die nationalsozialistische Bewegung als die **Anwärterin auf die Macht.** Sie hat dem deutschen politischen Leben wieder eine Partei der **Autorität und der Disziplin** geschenkt. (Händeklatschen bei den Natsoz.) Sie hat dem deutschen politischen Leben eine **Volksgemeinschaft** vorgelebt. Sie hat in der Jugend den Geist des **Fanatismus** und der **Opferbereitschaft** hineingelegt.

Die nationalsozialistische Bewegung ist organisierter Jugendwille. Sie hat der Jugend wieder Glauben an Ideale gegeben. (Zurufe von den Komm. — Glocke des Präsidenten.)

Sie impft ihr den unverbrüchlichen und unerschütterbaren Willen zur politischen Freiheit ein. So wie diese Partei ist, so wollen wir, daß einmal das ganze Volk werde. (Bravo! und Händeklatschen bei den Natsoz.)

So gehen wir den Weg zur politischen Einheit. Und weil wir diesen Weg zu diesem Ziel beschreiten wollen, darum stehen wir in unverbrüchlicher Feindschaft zu diesem System und seinen Männern und zahlen ihm mit gleicher Münze heim. Diesem System keinen Groschen und keinen Mann! (Stürmischer Beifall bei den Natsoz.) **Diesem System leidenschaftlichste Kampfansage! Diesem System Feindschaft! Diesem System Widerstand bis zum Ende! So marschiert in unserer Bewegung die deutsche Jugendfront auf.**

Sie haben kein Recht mehr, sich auf das deutsche Volk zu berufen. (Sehr wahr! bei den Natsoz.) Das deutsche Volk in seinen Massen steht hinter uns. Das deutsche Volk will, daß der Reaktion und dem Marxismus in Deutschland ein Ende bereitet wird. Wir sind uns darüber klar, daß die nationalsozialistische Bewegung die letzte Chance für Deutschland darstellt, Deutschland — man kann dieses Wort für heute variieren — in seiner tiefsten Erniedrigung. Und hätte das Volk heute nur den Ausblick auf diese Hungerparteien, dann hätte es Veranlassung, zu verzweifeln.

Aber weil wir da sind (Lachen in der Mitte — Bravo-Rufe und Händeklatschen bei den Natsoz.), weil wir uns zum Verkünder des Volkswillens machen, weil wir heute dem Volk das Wort geben, weil wir heute die Sache des Volkes zu unserer Sache machen, deshalb sind wir der Ueberzeugung, daß das Volk einmal unsere Sache zu seiner Sache machen wird.

Der Kampfruf, den wir seit 11 Jahren im deutschen Volk zum Erklingen gebracht haben, er geht jetzt in herrlicher Weise in Erfüllung. So oft haben wir es gerufen, und so oft haben wir als Prediger in der Wüste tauben Ohren gepredigt. Heute aber hört auf uns die Nation. Und das, was vor drei Jahren noch eine kleine Sekte einer kleinen Gefolgschaft zurief, das ist heute der Losungsruf einer ganzen Nation:

Deutschland erwache!"

(Anhaltende stürmische Beifallskundgebungen bei den Nationalsozialisten.)

„... wir werden nicht die Kleinen hängen, sondern bestimmt die Großen!"

Abg. Pg. Dr. Ley rechnet mit dem Zentrum ab. — Reichstagssitzung vom 7. Februar 1931.

„Es war sehr interessant bei der Debatte in diesen Tagen zu beobachten, daß nicht die Rede des Herrn Reichskanzlers im Mittelpunkt stand, sondern die Rede meines Parteigenossen Dr. Goebbels. Das ist für uns Nationalsozialisten eine besondere Ehre und für Herrn Dr. Goebbels muß es ein erhebendes Gefühl sein, daß er das ganze Haus von den Kommunisten bis zur Wirtschaftspartei gezwungen hat, sich mit seinen Gedankengängen abzugeben.

Ich selbst möchte mich nur mit einem der Redner beschäftigen, mit dem Zentrumsredner Herrn Joos. Herr Joos sagte, seine Partei gehe immer einen geraden Weg, schaue nicht rechts noch links. Ich möchte ihm ein Wort seines Parteigenossen, eines prominenten Mitgliedes der Zentrumspartei, des Herrn Prälaten Linneborn aus Paderborn aus dem Preuß. Landtag entgegenhalten, der einmal auf einen Zwischenruf, weshalb das Zentrum mit der Sozialdemokratie gehe, antwortete: Was wollen Sie, wir tolerieren alles, was wir nicht ändern können. (Zurufe von den Natsoz.: Aha! Hört, hört,!) Darauf sagten wir ihm: Also, Herr Prälat, wenn einmal ein Sowjetdeutschland kommen wird, dann werden Sie das auch tolerieren. Dann möchte ich Herrn Joos etwas anderes ins Gedächtnis zurückrufen. Er sprach von einem Vorgang in Benrath. Allerdings korrigierte er sich selber, indem er sagte, er könne nicht behaupten, ob es Mitglieder der nationalsozialistischen Partei gewesen seien, es seien aber Leute gewesen, die mit Nationalsozialisten hereinkamen. Daraus hat der Dialektiker Herr Joos geschlossen, daß das Nationalsozialisten gewesen sein müßten. Ich darf Herrn Joos an einen anderen Vorgang aus dem Rheinland erinnern. In Engelskirchen gibt es einen Zentrumsführer, sicherlich einer der begabtesten vom Zentrum; ich verstehe nicht, weshalb er nicht schon längst hier sitzt, aber es scheint, die Begabtesten sind im Lande draußen und nicht hier im Reichstag. (Heiterkeit und Zurufe bei den Nationalsozialisten.)

Dieser Zentrumsführer hatte mit mir einen Kampf. Ich sollte dort eine Versammlung halten, und Herr Edmund Schieferling, Herausgeber der „Bergischen Wacht", **ließ aus diesem Anlaß sein Reichsbanner, seine Zentrumsjugend und** — man höre und staune — **selbst die Kommunisten** von Köln-Kalk und Umgegend dorthin kommen. Er ließ den Saal besetzen und inszenierte **eine Provokation, eine Schlägerei**, die ihm allerdings sehr schlecht bekommen ist; denn Herr Edmund wurde dann nachher unter dem Tisch hervorgezogen. Das ist die Zentrumspolitik. Sie haben also kein Recht, Herr Joos, sich hier als Apostel des Friedens hinzustellen. Ich erinnere Sie daran, meine Herren vom Zentrum, wie die „Kölnische Volkszeitung" sich brüstete, daß die Zentrumsjugend bei Wesel eine nationalsozialistische Versammlung gesprengt habe. Wo Sie es können, wo Sie die Macht haben, da sprengen Sie die Versammlungen. Sie sind es und nicht wir.

Herr Joos sagte aber weiter, die Idee des Nationalsozialismus bestehe im Maulaufreißen, im Arm- und Beinbewegen und ähnlichen Dingen, in Dadaismus, wie er allerdings sagte in Dadadadaismus. Herr Joos befand sich kürzlich in einer Gesellschaft. In dieser Gesellschaft kam man auf die Nationalsozialistische Partei zu sprechen, und da sagte Herr Joos wörtlich folgendes:

> Ich war einmal zu Besuch in einem kleinen Ort. (Hört! Hört! und Heiterkeit in der Mitte und links.)

Herr Joos sagte weiter:

> Ich ging da in eine Versammlung der Nationalsozialistischen Partei als Unbekannter. Kein Mensch kannte mich. Ich ging sehr pessimistisch herein. Dann aber muß ich Ihnen gestehen, daß ich außerordentlich überrascht war von der Größe und der Tiefe der nationalsozialistischen Gedankenwelt. (Lachen in der Mitte und links.)

Jawohl, meine Herren, ich kann Ihnen die Zeugen nennen.

Ferner sprach Herr Joos davon, im Ruhrgebiet hätte ein Industrieller — und dies war wieder mit einer Dialektik vorgetragen, daß man meinen mußte, es sei ein Nationalsozialist gewesen — von dem Abreißen einer Provinz gesprochen. Herr Joos und meine Herren vom Zentrum, in diesen Dingen seien Sie doch sehr vorsichtig. Ich weiß, daß Sie es verstanden haben, einen legalen Separatismus in die Gedankenwelt des Volkes hereinzutragen (Sehr wahr! b. d. Natsoz.) zum Unterschiede von einem illegalen Separatismus. Das Volk am Rhein unterscheidet nicht in Ihrer Dialektik zwischen legalen und illegalen Separatisten, sondern es unterscheidet bloß zwischen jenen, die im Dienste Frankreichs die Rheinprovinz zu einem selbständigen Staate machen wollten und jenen, die gekämpft haben gegen das Gesindel, das die Rheinprovinz von Deutschland abtrennen wollte. (Bravo! bei den Natsoz.)

Der Separatismus wühlt heute wieder, wir wissen es. Aber wir sagen Ihnen zum Schluß: wir werden dann nicht die kleinen Separatisten hängen, sondern dann hängen wir bestimmt die großen. (Bravo! und Händeklatschen bei den Natsoz.)

Vom Film.

Stürme über dem Montblanc.

Tivoli und Schauburg.

Ein naturgewaltiges Schauspiel des Hochgebirges auf den Filmstreifen zu bringen und für zwei Stunden die Zuschauer mitzuziehen in ein Erlebnis von Eis und Schnee, Wind und Wolken, Sturm und Stein, wäre vor garnicht allzu langer Zeit kaum möglich gewesen. Schon „die weiße Hölle vom Piz Palü" ließ uns ahnen, welch ungeheurer Fortschritt auf dem Gebiete der Technik gemacht wurde. Dr. Arnold Frank hat mit dieser Arbeit wieder ein Meisterwerk vollbracht. Wenn jemand glauben sollte, die handelnden Personen träten hier nicht genügend in den Vordergrund, so muß man sagen, daß Dr. Frank nicht die Absicht gehabt hat, einen Film zu drehen, in dem die menschliche Handlung die Hauptsache ist, sondern es muß als ein Versuch mit glänzendem Erfolg gewertet werden, die Natur zum Hauptdarsteller zu erheben. Man darf wirklich sagen, es ist gelungen. Auf jeden muß die Gewalt der Natur des Hochgebirges mit seinen gähnenden Gletscherspalten, ragenden Felstürmen und Graten wirken, jeder empfand die gigantische Kraft des Sturmes und Schneetreibens. Sonderbar und eigenartig wie die Natur, so auch die einsamen Menschen. Sepp Rist, Leni Riesenstahl und der Flieger Udet gaben bestimmt ihr Bestes. Macht Dr. Frank auf diesem Wege weiter, so können wir doch viel Schönes von ihm erwarten.

Friderike.

Drei Tage wurde in Bremen gleichzeitig in drei Theatern der Tonfilm „Friderike" gebracht, der in ausführlichen Formen die Jugendliebschaft Goethes mit der schönen Friderike, der jüngsten Tochter des Pfarrers von Seesenheim, behandelt. Wenn wir es schon ablehnen, Goethe überhaupt im Film zu sehen, weil er mit den Mitteln, die dem Film zur Verfügung stehen, nicht in seiner ganzen Größe gebracht werden kann, so müssen wir uns erst recht energisch gegen eine volkstümliche Ausbeutung der Liebschaften Goethes, die in seinem Leben bestimmt eine große Rolle gespielt haben, verwehren. —

Dank des hervorragenden Spiels Hans Stüves als Studiosus Goethe sowie Elga Brinks als Friderike und des Schwiegersohnanwärters Marx, der die tragisch-komische Rolle des Films meisterhaft zum Ausdruck bringt, brachte das Stück am Schluß doch noch einigermaßen Erfolg.

Das Flötenkonzert von Sanssouci.

Im Metropol-Theater lief dieser Tage der Ufa-Tonfilm „Das Flötenkonzert von Sanssouci", den wir bereits vor einigen Wochen hier in Bremen kennen lernten. Wir begrüßen es, daß die Ufa sich in diesem Film als das zeigt, was man von einem Unternehmen des Herrn Hugenberg eigentlich immer erwarten sollte, als Förderin national-deutscher Gedanken. Es ist der preußisch-friderizianische Gedanke der Pflicht, den der Film uns vermittelt. Friedrich der Große, meisterlich dargestellt — nein, nachgelebt — von Otto Gebühr, zeigt sich uns in seiner größten Zeit, vor Ausbruch des 7jährigen Krieges. Das Spiel wechselt zwischen Potsdam, der Residenz des Philosophen von Sanssouci, und Dresden als Sammelpunkt des diplomatisch-gesellschaftlichen Verkehrs. Fürst Brühl als sächsischer Minister bereitet im Bunde mit Oesterreich, Frankreich und Rußland den entscheidenden Krieg gegen Preußen vor. In Potsdam sitzt Friedrich der Einzige, scheinbar nur seinen eigenen Interessen lebend, und trifft ungeahnt die Abwehrmaßnahmen. Die Verbindung zwischen den beiden Residenzen stellt der Major Lindeneck als Kourier des preußischen Königs her. Prachtvoll in Ton und Bild seine — auch vom sportlichen Standpunkt aus beachtlichen — Ritte! In klarer konzentrierter Bildfolge wickelt sich oft tiefmenschliche Handlung des Films vor unseren Augen ab, der ebenso wie die anderen bekannten Friderikusfilme, in denen Otto Gebühr uns die Gestalt Friedrich des Großen so lebendig nahe gebracht hat, einen starken Eindruck hinterläßt.

Aus Bremen Stadt und Staat

Der Führer des NS.-Lehrerbundes in Bremen.

Pg. Schemm-Bayreuth spricht über „Kulturaufgaben des Nationalsozialismus".

Etwa 4000 Bremer füllten am Mittwoch den großen Casino-Saal, um die Ausführungen des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Schemm über nationalsozialistische Kulturaufgaben zu hören. Pg. Thiele, M. d. R., eröffnete die Massenversammlung und legte Rechenschaft ab über das Verhalten der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion. Er schilderte den unerhörten amtlichen Terror der Deutschen Opposition gegenüber, der schließlich zum Auszug der nationalsozialistischen Fraktion, gefolgt von den Vertretern der Rechten, aus diesem Reichstag führte. Nach dieser Einleitung ergriff der Hauptredner des Abends, Pg. Schemm das Wort:

In Deutschland herrscht heute Unkultur, die deutsche Kultur ist zusammengebrochen. Der Nationalsozialismus bejaht die Deutsche Kultur und will sie zu neuem Leben erwecken. Voraussetzung hierzu ist aber die Erringung der politischen Macht; ein Kulturwille, der nicht Machtwille wird, ist eine Lächerlichkeit. Das Volk ist eine große Familie, vom Staat erwarten wir, daß er seine Elternpflichten erfüllt. Unserer heutigen Politik fehlt vor allem zweierlei: Verantwortungsbewußtsein den zukünftigen Geschlechtern gegenüber und das Gemeinschaftsgefühl. Vier weltanschauliche Punkte haben Deutschlands Zusammenbruch verursacht: Demokratie, Pazifismus, Internationalismus und Atheismus. Die Folgen der Demokratie sehen wir in dem Niedergang Deutschlands seit 1918. Die Geschichte zeigt uns, daß Großes nur von Einzelpersönlichkeiten geleistet wurde. Unweigerlich verbinden sich mit der Betrachtung der einzelnen Geschichtsepochen bestimmte Namen von Persönlichkeiten, wie Friedrichs des Einzigen oder Bismarcks. Dem demokratischen System fehlt vor allem die Verantwortlichkeit. Oswald Spengler sagt einmal: Im Zeichen der Demokratie hat das Geld gesiegt. Versailles, Inflation, Dawes, Verpfändung unserer Realwerte, das sind die Errungenschaften der Demokratie in Deutschland! Auch in der Kultur herrscht nicht die Masse, sondern die Persönlichkeit. Was wäre die Deutsche Kultur ohne Luther, Schiller, Goethe, Kant, Fichte oder Schopenhauer? — Die in Erscheinung tretenden Persönlichkeiten drücken das aus, was unbewußt im ganzen Volke lebt, sie sind die Wirklichkeitserscheinungen der großen Sehnsucht des Volkes. Wir Nationalsozialisten wollen die Wiedererweckung des Wehrwillens, nicht aus Liebe zum Kampf, sondern aus Liebe zum Leben. So nötig der Friede innerhalb des eigenen Volkes ist, so unmöglich ist die Ausschaltung des Kampfgedankens zwischen den verschiedenen Völkern. Den Beweis gibt uns Deutschland in seiner heutigen Lage: Seit 12 Jahren sind wir Deutschen abgerüstet, und gerade heute muß der Außenminister Curtius zur Abrüstungsfrage erklären, daß sie keinerlei Ergebnisse gezeitigt habe. Auf unsere Entwaffnung folgte systematisch die Ausplünderung des Volkes. Ein Volk, das seine Waffen fortwirft, begeht Selbstmord! Heute ist der Pazifismus nichts anderes als Krieg unserer Gegner gegen uns mit den Mitteln des Friedens. Der Pazifismus des Reichsbanners und der anderen Organisationen wird bezahlt aus den Kriegskassen Frankreichs, Polens und der Tschechoslowakei. Der gleiche Landesverrat, den einst der spätere Reichspräsident Ebert beging, als er zum Munitionsarbeiterstreik aufrief!

Der Nationalsozialismus lehnt den Gedanken der Internationale ab, denn es gibt keine Gleichheit alles was Menschenantlitz trägt. Körperlich wird kein Mensch das behaupten, wenn er noch etwas gesunden Menschenverstand hat. Aber auch geistig ist diese Gleichheit nicht vorhanden, wie wir aus der Verschiedenartigkeit der Kulturen der einzelnen Rassen sehen. Die Rasse bedingt die Art des In-Erscheinung-Tretens der Kultur, wie auch der Religion. So sind Goethes Faust, Kants „Kritik der reinen Vernunft" die Werke unserer großen Dichter, Musiker und bildenden Künstler Erscheinungsformen des deutschen Geistes. So kommt die deutsche Art dem Christentum am nächsten und schuf sich dazu die entsprechenden Bauten, Gemälde, Dichtungen und die Musik. Der Nationalsozialismus fußt auf dem Rassenprinzip, er weiß, daß die Rassenfrage der Schlüssel zur Weltgeschichte ist. Die Unveränderlichkeit der Erbmasse anerkennen selbst marxistische Wissenschaftler, wonach auch wissenschaftlich die Richtigkeit des Rassenprinzips feststeht. Es ist der erste und größte Erfolg des Nationalsozialismus, daß er heute bereits Millionen deutscher Volksgenossen die Augen geöffnet hat über die Bedeutung der Rasse.

Wir erkennen das letzte Ziel des Marxismus: Das Chaos, den Blutrausch des Bolschewismus. Diese Bolschewisierung finden wir heute auf allen Gebieten der Kultur. Wir wenden uns nicht etwa gegen das Neue, gegen den Geist der Zeit, wir lehnen aber alles ab, was nicht in Zusammenhang steht mit deutschem Empfinden. Ein verlorener Krieg ist leichter zu ertragen, als ein verlorener Charakter, und deshalb wenden wir uns gegen den Marxismus, der heute die Axt anlegt an die Wurzeln deutschen Wesens. Der Marxismus will die Zerstörung der Familie, deshalb muß er zuerst die Religion, als letzten Hort der Familie, zerstören. 15 Millionen Kinder in der Sowjetunion kennen heute weder Eltern noch Geschwister, und der Marxismus ist stolz darauf. In Deutschland lehrt man den Zerfall des Familienlebens, eine ganze Pseudo-Wissenschaft stellt sich in diesen Dienst, Magnus Hirschfeld und andere Sexualrevolutionäre. Der Marxismus betreibt programmäßig diese Zerstörung: Der Berliner Schulrat Dr. Loewenstein, sozialdem. Reichstagsabg. und Mitglied der Kinderfreunde(!)-Bewegung, Führer des marxistischen Lehrerbundes, schreibt in seinem Buch: Das Kind als Träger der werdenden Gesellschaft: „Die Familie geht zu Grunde auf Grund der wirtschaftlichen Konstellationen. **Diesen Zerstörungsprozeß müssen wir bewußt fördern, damit er zur bestimmenden Tat wird.**" Wir Nationalsozialisten sehen in der Mutterliebe die Grundlage allen sittlichen Geschehens auf der Welt. Wie soll nach Ausschalten dieser Liebe überhaupt noch sozialistisches, d. h. Gemeinschaftsgefühl denkbar sein? Wir kämpfen auf deutschem Boden einen gewaltigen Kampf für die ganze Welt. Wir haben den Marxismus bis ins innerste erkannt und sind deshalb dazu berufen, ihn zu überwinden. Gelingt es uns nicht, den Bolschewismus zu besiegen, so wird kein anderes Volk ihm mehr Widerstand leisten können, und die Welt wird im Blutrausch des Bolschewismus ersticken.

Auch Völker können sterben, wir sind jedoch der Ansicht, daß unser deutsches Volk noch auf dem Wege nach oben ist. Es geht heute nicht um Wirtschaftsfragen, es geht nicht um Politik um ihrer selbst willen, es geht um das Höchste eines Volkes, die charakterliche Wiedergeburt. Wir sind das Bindeglied zwischen den Generationen vor und hinter uns, wir müssen dafür sorgen, daß die Kette nicht abreißt, denn das würde den Sturz in die Tiefe bedeuten. Nur diese Wiedergeburt unseres deutschen Charakters wird uns letzten Endes die Befreiung bringen, damit das deutsche Volk der Kulturträger der Menschheit sein kann. Und so hoffen wir und wollen dafür kämpfen, daß es sich einst bewahrheitet: An Deutschem Wesen mag die Welt genesen!

In der Aussprache redete als erster der kommun. Humorist August Schäfer, der mit beißendem Sarkasmus das schamlose Verhalten der Bremer Gewerkschaftsbonzen gegenüber den erwerbslosen Künstlern geißelte. Als zweiter meldete sich nach längerem Drängen der sozialdem. Bürgerschaftsabgeordnete Lehrer Osterloh. Da er zu den Fragen btr. Familie nichts zu sagen hatte, — seinen Genossen Dr. Loewenstein erkennt er jedenfalls bedingungslos an, — schwafelte er 15 Minuten lang über Völkerverständigung. Als Dritter sprach ebenfalls ein Sozialdemokrat ausgerechnet über Kapitalismus; allerdings muß ja ein Vertreter der Partei Jakob Goldschmidts hierin die größten Fachkenntnisse haben. Daß das Volk die sozialdemokratischen Phrasen nicht mehr ernst nimmt, bewies das Verhalten der Versammlung, die trotz wiederholter Mahnungen der Versammlungsleitung die Worte dieser traurigen Vertreter des öfteren im Gelächter untergehen ließ. Die Schuld hierfür liegt nicht bei der Versammlung, sondern ausschließlich an den Rednern, denn August Schäfer hatte sich zuvor als Kommunist voll a nd ganz Verhör schaffen können. Im Schlußwort wandte sich Pg. Schemm nochmals scharf gegen den Marxismus, um am Ende jeden einzelnen Volksgenossen zur „Mobilmachung" aufzurufen mit den Worten Fichtes:

„Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben,
An Deines Volkes Auferstehn,
Laß diesen Glauben Dir nicht rauben,
Trotz allem, allem, was geschehn.
Und handeln sollst Du so, als hinge
Von Dir und Deinem Tun allein
Das Schicksal ab der Deutschen Dinge,
Und die Verantwortung sei Dein!" Lux.

Unwürdige Vertreter der bremischen Lehrerschaft.

Der Bremische Lehrerverein umfaßt rund 800 Mitglieder. Die Leitung des Vereins aber ist in den Händen strammer Marxisten. Diese marxistische Clique terrorisiert die ganze bremische Lehrerschaft. Das muß man wissen, wenn man z. B. ein Urteil gewinnen will über den Wert der Berichte über Vereinsversammlungen. Was nämlich die Oeffentlichkeit aus diesen sorgfältig frisierten Berichten nicht gewahr wird, ist, daß in den meisten Versammlungen Resolutionen und Beschlüsse von weittragender Bedeutung gefaßt werden, trotzdem die betr. Sitzungen in der Regel nur von einem geringfügigen Bruchteil der Mitglieder besucht sind. Nur wenn über Gehaltsfragen debattiert wird, darf der Vorstand auf etwas mehr als 100 Mitglieder rechnen (1/8 der Mitgliederzahl).

Handelt es sich um wichtige pädagogische oder weltanschauliche Fragen, kann man froh sein, wenn sich 40 oder 50 Leute einfinden. Bei unwichtigeren Fragen kommt vielleicht ein ganzes Dutzend.

Dies unglaubliche Zahlenverhältnis bei wichtigen Abstimmungen wird wohlweislich peinlich verschwiegen. Es wäre für den Verein ja auch zu blamabel. Leider hat sich die Mehrheit der bremischen Lehrerschaft, soweit sie sich zum Lehrerverein bekennt, seit 12 Jahren von dieser kleinen Klicke Marxisten dauernd einseifen lassen. Sie hat weder Kraft noch Mut aufgebracht, durch Sturz des Vorstandes den materialistisch-marxistischen Sumpf trocken zu legen.

Nur wenn man diese Tatsache sich vergegenwärtigt, kann man es verstehen, daß die bremische Lehrerschaft z. B. in unserer Schemm-Versammlung so unglaublich blamiert wurde durch seine „Vertreter", den tapferen Joh. Osterloh und seinen unterstützenden Begleiter Paulmann. Beide Herren wußten nichts anderes vorzubringen als Phrasen, die man seit Jahrzehnten aus der gewöhnlichsten marxistischen Flugblattliteratur kennt.

Eine solch abgeleierte Platte durften die genannten Vertreter diesem Publikum wirklich nicht vorspielen, das soeben erst den tiefgründigen und anschaulichen Vortrag unseres Pg. Hans Schemm entgegengenommen hatte. So ist es auch erklärlich, daß die beiden SPD.-Genossen eine so schmachvolle Niederlage erlitten.

Zur Ehre der bremischen Lehrerschaft möchten wir aber noch einmal betonen, daß sie in ihrer überwiegenden Mehrheit die weltanschaulichen, pädagogischen und politischen Ansichten der oben genannten marxistischen „Größen" (!) ablehnt.

Der sauber und deutsch denkende Teil der bremischen Lehrerschaft hat heute mehr denn je die Pflicht, diese den Ruf des Standes nur belastenden marxistischen „Führer" von sich abzuschütteln. Gelegenheit dazu bietet die Bremer Ortsgruppe des „Nationalsozialistischen Lehrerbundes". Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der NSDAP., Pelzerstr. 12/13.

NSDAP Bremen.

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 8.30 bis 20 Uhr durchgehend.
Postscheckkonto: Hamburg 79 121 Wilh. Mohrmann.
Ortsgruppenleiter: Pg. Kurt Thiele, M. d. R. (ist nur nach vorheriger Anmeldung nachmittags von 16.30 bis 18.30 Uhr zu sprechen.)

S.A. (Sturmabteilung).

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 10 bis 14 und 16 bis 20 Uhr.
Sonnabends von 10 bis 14 Uhr.

Spielmannszug.

Kameraden, die Interesse am Spielmannszug haben und sich als Trommler und Hornisten (Pfeifer) zur Verfügung stellen wollen, melden sich auf dem Sta II Geschäftszimmer. Sta II, Bremen.

H.J. (Hitler-Jugend).

Geschäftsstelle: Simonstraße 25 II.
Fernsprecher: Roland 9980 (Früchtenicht).
Sprechst. des O.G.F. Sonnabend nachm. 17—19 Uhr.

N.S.S. (Nationalsozialistischer Schülerbund).

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.

In nächster Zeit wird der N.S.S. eigene Räume beziehen. Ein größeres Versammlungszimmer wird dabei sein. Zur Einrichtung der Räume werden eine Anzahl Möbel benötigt, insbesondere Stühle, Tische etc. Wir bitten die Freunde unserer Bewegung, solche uns zur Verfügung zu stellen und Mitteilung hierüber nach der Geschäftsstelle der N.S.S. gelangen zu lassen.

Mitgliederversammlung.

In der am 20. Februar 1931 stattfindenden Mitgliederversammlung im großen Centralhallensaal, hält das Hauptreferat nicht Pg. Reinhard Sunkel.

Wir stehen noch in Unterhandlung mit einem anderen auswärtigen Pg.

Die gesamte Mitgliederversammlung ist somit als geschlossen zu betrachten und Gäste können diesmal leider nicht eingeführt werden. Eintritt nur gegen Ausweis.

Theatervorstellung.

Zu der am 5. März 1931, abends 8 Uhr, im Casino stattfindenden Theatervorstellung sind Karten auch an die Sektionsführer ausgegeben worden und können dort bezogen werden. — Es handelt sich um durchweg gute Plätze und es empfiehlt sich, bei diesen rechtzeitig Karten zu besorgen.

Oeffentliche Versammlung.

Die nächste öffentliche Versammlung findet am 27. Februar 1931 statt. Redner: Dr. Albrecht, M. d. R., kommissarischer Gauleiter von Mecklenburg.
Versammlung am 15. Februar im Blockland.
" am 16. Februar in Borgfeld.
" am 17. Februar in Oberneuland.
Redner für alle drei Vers. Landw. Pg. Teich-Hannover.
Thema: Brennende Fragen der Gegenwart. Freie Aussprache.

Distrikt Horn-Oberneuland.

Anschließend, an die am 17. 2. 31, abends 8.30 Uhr stattfindende öffentliche Versammlung, findet eine Distriktsmitgliederversammlung statt. Erscheinen aller Parteigenossen dringend notwendig.

Deutscher Frauenorden

trifft am 18. Februar in der Geschäftsstelle der N.S.D.A.P. um 8½ Uhr wieder zusammen.

Es wird gebeten, für Notdürftige Kleidungsstücke in der Geschäftsstelle, Pelzerstraße, abzugeben.

Bekanntmachung.

Der „Funkhörerdienst", Aufnahme- und Vertriebsstelle für nationalsoz. Schallplatten, Berlin SW 48, Hedemannstraße 10, welcher mit Genehmigung der Reichsleitung seit einiger Zeit nationalsoz. Schallplatten hergestellt und vertreibt, ist von dem heutigen Tage ab der Reichspropagandaabteilung unterstellt.

Die Ortsgruppen wollen sich wegen Schallplatten-Propaganda direkt mit dem „Funkhörerdienst" in Verbindung setzen.

Berlin, den 29. Januar 1931.

Der Reichspropagandaleiter, gez.: Dr. Goebbels.

Au weih geschrien!

Ein Berliner Schüler wird in der Religionsstunde gefragt, wann etwa Moses gelebt habe.

Er weiß es nicht.

„Aber Karfunkel", sagt der Lehrer, „in eurer Geschichtstabelle steht doch ganz deutlich: Moses 4000 . . . hast du das nicht gesehen?"

„Doch", meint Karfunkel, „ich hab aber geglaubt, das ist die Telefonnummer . . ."

Haake-Beck das deutsche Qualitätsbier

Sturmruf der Jugend

Jugend von Heute — Volk von Morgen

„Sind wir für den Sozialismus oder ist der Sozialismus für uns da?" Garvey.

Unsere Stellung zur Gewerkschaft.

Der Nationalsozialismus bekennt sich grundsätzlich zum Gewerkschaftsgedanken. Bestimmt durch die Erkenntnis, daß die Lohn- und Interessenkämpfe der arbeitenden Schichten in diesem Staate nur durch engsten Zusammenschluß aller Arbeitenden mit einiger Siegesaussicht geführt werden können, bejahen wir die Frage, ob Zusammenschluß oder nicht, mit aller Entschiedenheit. Dieses gilt ebenfalls für den kommenden Staat. Wirtschaftskämpfe sind nie ganz zu beseitigen, wenn auch ihre Ausmaße und ihre Häufigkeit durch die Macht und den gerechten sozialen Aufbau des Staates bestimmt werden.

Der Gewerkschaftsgedanke in seiner reinen Form führt zur Idee des Ständestaates, den wir erstreben. So wie ein Ständestaat nur ein Nebeneinander der Interessen und eine Gleichordnung der Ansprüche auf ihrer jeweiligen Basis verkündet und anerkennt, stellt die Gewerkschaft — übertragen auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer aller Berufe — das Instrument zur An- und Ausgleichung der verschieden gelagerten Interessen des Einzelnen an das Interesse des Ganzen dar. Die Gewerkschaften sind in diesem Zusammenhange das Machtorgan und das Sprachrohr der einzelnen Gruppen, aber ihre Interessen müssen sich, so verschieden sie auch untereinander sein mögen, letztendes doch in das Interesse der „Gewerkschaft des Volkes" — des Staates — einordnen. Hiernach hat sich alles zu richten.

Das ist in kurzen Worten unsere Stellung zur Gewerkschaftsfrage, geklärt wird sie noch durch die weiteren Artikel dieser Seite. Der marxistische Bonze belügt sein Schäflein immer, daß wir sie ablehnten. Noch glauben das große Teile der Arbeiterschaft. Unsere Aufgabe ist es, dem Jungarbeiter — und dem Arbeiter im allgemeinen — darüber die Augen zu öffnen. Zeigen wir ihm, wo der deutsche Sozialismus steht, dann wird es bald an ein gründliches Aufräumen gehen können. Dann wird die Stunde gekommen sein, wo wir mit dem Liede auf den Lippen durch die Tore der Freiheit und Gerechtigkeit in das Haus der deutschen Arbeit einziehen können.

Wir sind das Heer vom Hakenkreuz,
Hebt hoch die roten Fahnen!
Der deutschen Arbeit wollen wir,
Den Weg zur Freiheit bahnen!

Tr.—

Gewerkschaften und Jugendarbeit.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Gewerkschaften die Hochburgen der Marxisten sind und wenn die Bekämpfung des Marxismus unser Hauptziel sein soll, so müssen wir in dieser Beziehung vollkommen klar sehen, wo unsere Arbeit einsetzen muß. Leider ist auf diesem Gebiete sowohl von der Partei wie von der Hitler-Jugend noch nicht genügend getan worden. Erst auf dem letzten Parteitag in Nürnberg gelang es unserem bekannten Gewerkschaftler Pg. Franz Stöhr, die gewerkschaftliche Entschließung durchzusetzen, die besagt, daß nicht nur der gewerkschaftliche Kampf grundsätzlich bejaht wird, sondern, daß jeder Parteigenosse, der kämpfenden Arbeitskollegen in den Rücken fällt, indem er Streikbrecherdienste verrichtet, schimpflich aus der Partei ausgeschlossen wird.

Diese Entschließung wird den Arbeitern von den Gewerkschaftsbonzen wissentlich vorenthalten, denn es könnte möglich sein, daß sie den Schwindel der Bonzen, die da immer schreien: „Arbeitermörder und Streikbrecher" durchschauen und sich einmal klar darüber werden, von wem sie denn nun seit langer Zeit verraten werden. Einige kleine Beispiele werden uns dieses deutlich vor Augen führen. Angefangen vom Eisenkonflikt 1928, in dem Severing — selbst ein Metallarbeiter — den Schiedsspruch fällte, von dem die sozialdemokratische Chemnitzer „Volksstimme" in ihrer Nr. 298 vom 22. Dez. 1928 schreibt:

„Severings Entscheidung gefallen! — Der alte Schiedsspruch verschlechtert. — Ungemein lange Laufdauer der neuen Tarifregelung. — Eine eigenartige Begründung." Und die „Volksstimme" schließt diesen Artikel: Wir erlauben uns daher starke Zweifel in diese Begründung zu setzen und glauben uns hierzu umsomehr berechtigt, als es ja auch für jemand, der mit der doppelten Buchführung der Industrie besser vertraut ist als Severing, eine glatte Unmöglichkeit darstellt, in die Geheimnisse der industriellen Gewinn-Abschlüsse einzudringen."

Dann der Mannsfelder Streik und über den Berliner Metallarbeiter- zum Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet, alle diese Aktionen sind von der Gewerkschaftsbonzokratie verraten worden, nicht die verfluchten Nazis sind die Streikbrecher, wie es die marxistische Presse so gerne hinzustellen beliebt, sondern die Gewerkschaften, die diese Teilstreiks anzetteln, von denen sie schon im voraus wissen, daß sie in sich zusammenbrechen müssen, denn es ist für die Kapitalisten ein Leichtes, diese getrennt geführten Lohnkämpfe abzuwürgen. Das einzigste wirksamste Mittel gegen den Lohnraub ist der Generalstreik, zu dem aber die Bonzen nicht aufrufen, da dann ihre letzte Stunde geschlagen hat und dieses ja auch eine glatte Bankerotterklärung ihrer bisherigen Politik wäre. Um aber das Erwachen der Arbeiterschaft noch hinauszuzögern, wird eifrig in „Kampf dem Nationalsozialismus" gemacht, der nun der Prügelknabe für die vollkommen unfähigen Gewerkschaftsbonzen ist.

Aus diesen Ausführungen geht hervor, daß der Boden innerhalb der Arbeiterschaft für unsere Ideen sehr empfänglich ist. Dieses haben die Bonzen schon lange erkannt, aber leider wird von unserer Seite zu wenig zur Erfassung der Arbeiterschaft getan. Wir vergeuden viel zu viel Zeit für diejenigen Spießer vom Stahlhelm und den anderen bürgerlichen Gruppen und Parteien, denen wir unsere Gedankengänge doch nicht klarmachen können, da sie sie einfach nicht begreifen wollen. Und wenn sie tatsächlich zu uns kommen würden, so wäre es nur eine Frage der Zeit, wann die NSDAP. ihre Kampfkraft verloren hätte und zu einer Partei wie die anderen vielen herabgesunken wäre. Unser Weg führt zur deutschen Arbeiterbewegung, die nichts weiter war, als die natürliche Reaktion auf den schrankenlosen Individualismus. Wir müssen der Arbeiterschaft die Schädlichkeit der vom Juden Fritz Naphtali im Namen der Gewerkschaften propagierten Idee der Wirtschaftsdemokratie aufzeigen, die in der Praxis auf die Werkgemeinschaft des deutschnationalen Dr. Bang hinausläuft. Alle diese Einrichtungen werden von den Kapitalisten bewußt gefördert, denn es ist für sie ein Leichtes, mit diesen Systemen die Kampf- und Stoßkraft der Arbeiterschaft zu schwächen. Weiterhin muß es unsere Hauptaufgabe sein, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Lohnkämpfe Akte des Widerstandes gegen Versailles und Young sind. Erst wenn uns diese gewaltige Aufklärungsarbeit gelungen ist, dann ist die Macht der Marxisten in den Gewerkschaften gebrochen oder doch wenigstens stark geschwächt und erst dann werden sie zu ihrer vollen Anerkennung im organischen Ständestaat kommen, der ein wahrer Volksstaat sein wird.

Unsere Jungarbeit wird sich erst dann vollkommen auswirken können, wenn wir die Gewerkschaften mit unseren Leuten durchsetzt haben, wenn die Macht der Bonzen gebrochen ist. Es heißt für uns also nicht Zerschlagung der Gewerkschaften, (auch so ein Argument der Bonzen) sondern: Hinein in die Gewerkschaften! Wir werden uns natürlich zuerst dem Terror der Gewerkschaftsbonzen erwehren müssen, aber je mehr Anhänger der Nationalsozialismus unter den Arbeitern gewinnt, um so leichter wird der Kampf in den Gewerkschaften geführt werden können. Vorbedingung ist natürlich die vollkommene Konzentration auf diese gewaltige Aufgabe. Da der größte Teil der werktätigen Jugend gewerkschaftlich organisiert ist, so ist der Kampf um die Gewerkschaften zugleich unser Kampf um die Jugend. Der Verrat der Gewerkschaften und marxistischen Parteien wirkt sich naturgemäß zuerst bei den Jugendlichen in seiner ganzen Härte aus. Dieses zeigen uns die Arbeitslosenzahlen der Jungarbeiter. Aus dieser Erkenntnis heraus hat die Reichsleitung der Hitler-Jugend ein neues, großes Arbeitsgebiet, Sozialpolitik und Jugendschutz, vorgenommen. Ein Gebiet, das bisher ausschließlich eine Domäne der marxistischen Organisationen war. Es ist eigenartig zu sehen, daß sich gerade die Organisationen als Beschützer der Jungarbeiter ausgeben, die am allerwenigsten Grund dazu haben, ja die die eigentlichen Wegbereiter des heutigen Elendes sind.

Waren bisher unsere Arbeiten ganz auf die Erfassung der Jugend eingestellt, so soll die Aufgabe dieses Kampfjahres, die der Vertiefung und Schulung sein. Es gilt jetzt, die erfaßten Jungen durch diese Schulung zu Kämpfern und vorbildlichen Funktionären der Organisation heranzuziehen. Die Arbeit, die wir zu bewältigen haben ist schwierig und umfangreich, so z. B. Arbeitsrecht, Jugendrecht, Wohlfahrtsrecht, Fürsorgepflichtverordnung, Arbeitslosenversicherung usw. Nur nach genauer Kenntnis dieser Gesetze und Verordnungen ist es uns möglich, den Marxisten mit seinen eigenen Waffen zu schlagen. Erst dann wird uns ein Eindringen in die marxistischen Jungarbeiterreihen sicher sein, denn wenn sie sehen und hören, daß auch wir auf diesen Gebieten tatkräftig für sie eintreten, dann wird es nicht mehr viel Mühe kosten, sie mit unseren politischen und kulturellen Forderungen vertraut und aus ihnen Kämpfer für die Weltanschauung des 20. Jahrhunderts zu machen.

Hierdurch wird es uns gelingen, dem Jungarbeiter wieder ein Vaterland zu schenken, das Deutschland heißt. Die Zeit fordert von uns die Wiedergutmachung der Schuld der Vorkriegsgeneration, die die deutsche Arbeiterschaft in die Arme des Juden Karl Marx trieb. Ein neunter November 1918 wäre unmöglich gewesen, wenn das Bürgertum es verstanden hätte, dem Arbeiter ein Vaterland zu geben, aber hier versagten die Leute, die zu „Führern" geboren worden sind, vollkommen.

Zu dieser schwierigen Arbeit, die sich das Amt für Sozialpolitik und Jugendschutz vorgenommen hat, sind die Betriebs- sowie Berufsschulzellen wichtige Vorstufen, die es uns ermöglichen sollen, an die Arbeiterschaft heranzukommen, daher ist es Pflicht jedes Nationalsozialisten, diese Stützpunkte des nationalsozialistischen Gedankens tatkräftig zu fördern.

Unsere große Aufgabe, die wir uns gestellt haben, heißt:

Erfassung der werktätigen Jugend, denn das Gelingen dieser Aufgabe ist zugleich der Anfang der **Deutschen Revolution!**

Walter Meier.

Das gemachte Bett.

Das sozialpolitische Amt der Hitler-Jugend hatte im November an die Gaue die Anweisung gegeben, innerhalb der einzelnen Gaue die Einrichtung des Amtes für Sozialpolitik und Jugendschutz vorzunehmen. Der „Westdeutsche Beobachter" brachte unter „Hitler-Jugend" Rheinland einen Aufruf des Amtes für Sozialpolitik und Jugendschutz. Dieser Aufruf hat in den Redaktionsstuben der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung" große Aufregung hervorgerufen. Stellte sich doch so manche Behauptung ähnlich wie: die Hitler-Jugend ist eine Soldatenspielvereinigung, die sich nur aus höheren Schülern zusammensetzt, als eine der üblichen faustdicken Lügen heraus. Die „Rheinische" schreibt wie folgt:

„. . . Immerhin: auf Hitlers direkte Weise scheint es zurückzuführen sein, wenn jetzt einzelne Sparten der nationalsozialistischen Bewegung in Köln versuchen, positive Arbeit zu leisten. Das wäre in der Tat für die Nazis etwas ganz neues. So finden wir denn im gestrigen „Westdeutschen Beobachter" unter den parteiamtlichen Verfügungen auch eine Bekanntmachung der Hitler-Jugend, Abt. Sozialpolitik, in der bekannt gegeben wird, daß man sich der Jungarbeiter sozialpolitisch annehmen will . . . Wie ist es also mit dem marxistischen Judenstaat? So hundgemein und verdorben, wie ihn die Nazis bisher gemacht haben, scheint er also doch nicht zu sein. Im Gegenteil, sie fangen an, ihn als ein gemachtes Bett zu betrachten, in das man sich nur hineinzulegen braucht, um geborgen zu sein! Aber entschuldigt, wir werden ihnen das sehr bequeme Manöver vielleicht doch nicht so ohne weiteres gestatten, solange sie nämlich diesem Staat nicht mit der Achtung gegenüberstehen, die ihm der einsichtige Staatsbürger schuldet".

Also die Sozialdemokraten stellen diese unzulänglichen Gesetze, die den Arbeiter jeder Ausbeutung ausliefern, als einen Erfolg hin. Wenn diese Gesetze mit einem gemachten Bett verglichen werden, in dem man geborgen ist, so können wir nur sagen, daß der Verfasser bestimmt noch nicht in einem Großbetrieb tätig gewesen ist, denn dort könnte er einmal sehen, wie sich die Arbeiter unter den sozialen Gesetzen geborgen fühlen. Wenn die Sozialgesetzgebung der Republik überhaupt ein Erfolg wäre, gleich, welcher Partei, so hätte ein Amt für Sozialpolitik und Jugendschutz in der Hitlerjugend keine Existenzberechtigung. Schon das Bestehen eines solchen Amtes ist der Beweis dafür, daß der Jungarbeiter Schutz gegen Ausbeutung und unsoziale Behandlung sucht. Wenn aber die Sozialdemokraten schreiben, die sozialen Gesetze verdanke man nur der SPD., so scheinen die Herren von der „Rheinischen" in Geschichte weit zurück zu sein, denn sonst dürfte ihnen nicht unbekannt sein, daß ein Stöcker gelebt hat, der für soziale Gesetzgebung eingetreten ist, noch ehe sozialdemokratische Polizeipräsidenten daran dachten, streikende Arbeiter mit dem Gummiknüppel von der Straße jagen zu lassen. Abg. Pg. Kayser hatte schon recht, wenn er im „Westdeutschen Beobachter" schrieb, wir haben aus Sauberkeitsgründen keine Lust uns in das gemachte Bett der SPD.-Klique zu setzen. —

djn.-

D. G. Zever meldet.

Der erste Erfolg unseres „faschistisch" verseuchten Stadtrates für uns Jungs. Unserm Pg. und Stadtrat-Vors. Gottschalk ist es gelungen, für uns das Jugendheim frei zu bekommen. Wir sprechen ihm hiermit öffentlich den herzlichsten Dank aus. — Also:

Jeden Dienstag, abends 8.30 Uhr, Sprechabend im Jugendheim. S. A. nimmt auch teil. Freunde mitbringen!! Christians, OGF. der H. J. Zever.

Das erste Beispiel ist gegeben, wer folgt als nächster Stadtrat?

Den Frauen.

Was fordert die Zeit und die Pflicht von Euch
Ihr Frauen der heutigen Zeit?
„Wir helfen Euch bauen das Dritte Reich,
Rufet, Ihr Männer, wir sind bereit".
„Wir meiden die Stätten, wo fremder Schund,
Auf den Brettern zeigt lästerne Sprache,
Wir rufen gleich Euch mit mahnendem Mund
Deutschland, mein Deutschland erwache!"
„Wir bringen kein Geld aus dem Deutschen Land
Das der Mann so mühsam erworben,
In fremde Polen- und Judenhand —
Wir wissen, wofür Ihr gestorben".
Gestorben in Jugend und Kampfesmut
Trotz rotem Hassen und Höhnen,
Wir helfen dem deutschen, reinrassigen Blut,
Deutschland gehört seinen Söhnen!"
Was fordert die Zeit und die Pflicht von Euch,
Ihr Frauen der heutigen Zeit?
„Wir helfen Euch bauen das Dritte Reich,
Rufet, Ihr Männer, wir sind bereit.

Else v. Sydow-Delmenhorst.